

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Registrierung des gehobenen Dienstes für Gesundheits- und Krankenpflege

GR. **Hohensinner** stellt namens von ÖVP und SPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat! In den vergangenen Wochen wurde das Thema „Pflege“ vielerorts heiß diskutiert. Neben dem Leitsatz „mobil vor stationär“ und der Finanzierungsfrage wurde vor allem auf den drohenden Notstand bei Pflegekräften hingewiesen.

Wir bemühten uns in unzähligen Gesprächen und Telefonaten mit dem Land Steiermark herauszufinden, wie hoch der Pflegenotstand beziehungsweise der momentane Bedarf an Pflegekräften ist. Leider ohne Erfolg.

Der Österreichische Gesundheits- und Krankenpflegeverband hat schon vor geraumer Zeit damit begonnen, auf freiwilliger Basis Pflegekräfte zu erfassen.

In den meisten Mitgliedsstaaten der EU sowie in den USA und Australien gibt es eine zentrale Erfassung von Pflegepersonen. Damit haben diese Regierungen beziehungsweise die dort ansässigen fachlichen Organisationen zuverlässige Daten über die Anzahl der in dieser Berufsgruppe tätigen Personen, deren Einsatzorte und Qualifikationen.

Für die beruflich Pflegenden selbst, aber auch für die Arbeitgeber gilt die Erfassung als Qualifikationsprädikat, da sich nur diejenigen als erfasste beruflich Pflegenden ausweisen dürfen, die entsprechende Qualifikationsnachweise erbringen.

Großbritannien kann auf Grund der Registrierungsdaten vorhersagen, dass in fünf Jahren zirka 15% der Pflegepersonen durch Pensionierung wegfallen werden und leitet bereits jetzt Gegenmaßnahmen ein. Wie es 2013/2015 bei uns ausschauen wird, das können wir momentan nicht ganz genau sagen.

Die gesetzliche Erfassung ist vor allem ein absolut notwendiges Planungsinstrument. In Österreich ist derzeit, das habe ich vorher gesagt, eine politisch exakte Planung des zukünftig erforderlichen Personalbedarfs schwer möglich, da es kaum verfügbare

Daten über Anzahl, Tätigkeit und Qualifikation der Pflegekräfte gibt. In unserer Zeit, in der Wissen und Erkenntnisse rasch zunehmen und von Seiten des Gesetzgebers Qualitätssicherungskontrollen gefordert werden, ist es für qualifiziert Pflegende unerlässlich, sich kontinuierlich fortzubilden. Die Fortbildungsmaßnahmen würden ebenso registriert werden und dienen zum einen dem Nachweis der Qualifikation und zum anderen der Erhaltung der Berufsberechtigung.

Darüber hinaus kann auf den gesicherten Daten eine österreichweite Planung der in Pflegeberufen erforderlichen MitarbeiterInnen ermöglicht sowie nationale und internationale Vergleichsmöglichkeiten geschaffen werden.

Darauf aufbauend soll ein bundesweit einheitliches, modulares, durchlässiges Ausbildungsmodell erstellt werden, welches sich an dem Kompetenzmodell des ICN orientiert. Durch dieses modulare System gewinnen die Pflegeberufe an Qualität und für junge Menschen an Attraktivität, da ein Karriereweg von der HeimhelferIn bis hin zur akademischen PflegemanagerIn schrittweise ermöglicht wird.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge an den Bundesgesetzgeber heran treten, dass eine bundesgesetzliche Verpflichtung geschaffen wird, die vorsieht, dass eine zentrale Stelle, wie beispielsweise das Bundesministerium für Gesundheit oder der Österreichische Gesundheits- und Krankenpflegeverband beziehungsweise die Gesundheit Österreich GmbH/ÖBIG, beauftragt wird, unter Wahrung des Datenschutzes eine verpflichtende nationale Registrierung aller qualifizierten Pflegekräfte vorzunehmen (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Nachdem da auch die SPÖ mit drauf ist, brauchen wir die Dringlichkeit nicht diskutieren, ich ersuche um Stellungnahmen zum Antrag.

GR. Mag. **Mariacher** zum Antrag: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, lieber Kurt als Antragsteller, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass Pflegekräfte in den verschiedenen Institutionen benötigt werden, steht außer Streit. Meines Wissens wird die Ausbildung in den steirischen Krankenpflegesschulen, wenn ich die hernehme, im Wesentlichen darauf ausgerichtet, den Bedarf an jenen öffentlich-rechtlichen Spitälern, Krankenanstalten zu erbringen, der von dort gemeldet wird. Diese Zahlen sind erhoben und dennoch wissen wir und der Ansatzpunkt, dass eben Pflegekräfte fehlen, ist evident, wenn man allein davon ausgeht, dass wir im LKH-Universitätsklinikum Graz jetzt eine Erweiterung des OP-Zentrums A machen und wissen vor Fertigstellung, dass uns die Pflegefachkräfte fehlen werden, weil wir bereits die jetzt bestehenden Plätze, Dienstposten nicht besetzen können. Dennoch erachte ich es als nicht zielführend im Sinne einer Behebung dieses Problems eine Registratur, eine Verwaltungsbehörde neu aufzustellen, die Pflegekräfte zählt, so wie es die Ärztekammer, in ihrem Standesregister macht, weil dort eigentlich nur Kräfte im Wesentlichen gebunden werden, zumindest in den leitenden Funktionen, die eigentlich am Markt draußen fehlen. Das heißt, die Problematik wird dadurch noch vergrößert, wenn ich jetzt in den Bundesländern oder in Wien draußen durch ÖBIG oder andere Institutionen Einrichtungen schaffe, die so eine Art Ministration aufstellen. Klar ist, dass in Österreich nur jemand entsprechend die Berufsausbildung ausüben darf, der in Österreich entsprechende Qualifikation erlangt hat beziehungsweise aus dem Ausland kommt und eine entsprechende Nostrifizierung seiner Ausbildungsdiplome vorzuweisen hat. Ich erachte es schlicht und ergreifend nicht sinnvoll, im Zeitalter, wo wir in der Krise sind, wo wir sparen müssen, wo wir eigentlich an schlankere Ausrichtung von Verwaltungseinheiten zu arbeiten haben und das unser Auftrag ist, hier Verwaltungen aufzublähen oder hier gar neu zu schaffen, um diese hier dem Inhalt des Antrages betreffende Registratur zu schaffen. Ich denke, es ist besser, wenn wir hier die Kontakte zu den Einrichtungen, Pflegeheimen, aber auch zu der Hauskrankenpflege und zu den Einrichtungen, die lokal die Menschen vor Ort behandeln, entsprechend pflegt und hier entsprechend über die Netzwerke, die es ja auch gibt über die Verbände der Personen so wie das jetzt auch ehrenamtlich oder im Rahmen ihrer Tätigkeit vom Krankenpflegeverband gemacht worden ist, hier wirklich das zumindest größenordnungsmäßig zu erheben und instandzuhalten, aber nicht hier so einen Verwaltungsapparat neu zu schaffen. Daher in diesem Fall sachlich orientiert unsere Ablehnung. Danke (*Applaus BZÖ*).

GRin. **Haas-Wippel**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Registrierung ist schon eine jahrzehntelange Forderung des Berufsverbandes und hat schon wesentliche Gründe, und zwar Registrierung dient einerseits dazu, WiedereinsteigerInnen zu erreichen, weil gerade die Pflege und Pflegepersonen, das ist ein typischer Frauenberuf, nach der Babypause sind hochqualifizierte Kolleginnen einfach nicht mehr erreichbar für die Behörde und da könnte man gezielt mit Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen diese Kolleginnen erreichen und sie motivieren, eine Teilzeitbeschäftigung zu beginnen. Das Zweite, warum eine Registrierung wichtig ist, das geht eh aus dem Antrag hervor, um eine Qualitätssicherung zu erreichen, weil alle Fortbildungen hier in diesem Kalender eingetragen werden, und die meisten Länder in Europa haben so eine Registrierung und gerade in Zeiten, wo es so knapp ist beim Pflegepersonal, wo wir wirklich einen Pflegepersonalmangel haben, ist die Registrierung ein wesentlicher Mosaikstein, um genügend Kolleginnen und Kollegen in der Pflege zu haben. Wie gesagt, es ist ein Bereich und es gibt weitere Bereiche, und deshalb bin ich auch sehr froh über den Antrag, die forciert werden müssen und das ist die Ausbildungsreform. Es stimmt, was der Kollege Mariacher sagt, es werden KollegInnen ausgebildet, aber der Markt, die Krankenhäuser, die mobile Pflege und vor allem die Pflegeheime brauchen mehr Pflegepersonen und die derzeitige Ausbildung, wie sie bei den diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegepersonen derzeit gestaltet ist, ist absolut unattraktiv. Und man darf nicht vergessen in der europäischen Landschaft gehört Österreich zu den letzten drei Ländern, wo diese Ausbildung noch nicht im tertiären Bereich angesiedelt ist, also noch nicht auf Fachhochschulebene, und da gibt es absolut einen Bedarf in Österreich, diesen Beruf attraktiv zu gestalten und als Zweites darf man nicht vergessen, unser Beruf, der Pflegeberuf, braucht Rahmenbedingungen in der tagtäglichen Arbeit, das heißt, es müssen ausreichende Pflegepersonen da sein und es darf nicht an Pflegepersonen gespart werden und das Dritte, es braucht ein adäquates Gehalt für die wirklich herausfordernde Arbeit, die Betreuungs- und Pflegeberufe, das ist wirklich Schwerstarbeit, physisch wie psychisch und da braucht es wirklich auch eine entsprechende Bezahlung (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner**: Ich freue mich auf jeden Fall, dass sich so eine breite Zustimmung abzeichnet. Zum Herrn Mariacher, Gerhard, du hast es einfach nicht verstanden. Kurzfristig ist es so, dass das sicher nicht wirken wird, aber es geht um die Langfristigkeit, wenn wir so ein Modell einer Registrierung schon vor zehn Jahren begonnen hätten, würden wir jetzt nicht vor diesem Problem stehen, dass ein Pflegenotstand kommt.

Zwischenruf GR. Mag. Mariacher unverständlich.

GR. **Hohensinner**: Es geht darum, vor allem du arbeitest in der KAGES, da ist das nicht so problematisch, da sind alle Pflegekräfte ziemlich gespeichert, aber es geht vor allem um Altenheime, um private Anbieter, und da hat man überhaupt keinen Überblick, wie viele Pflegekräfte dort arbeiten und wie viele gebraucht werden, um das geht es. Und wenn wir diese alle erfassen, dann würden wir wissen, so wie es in England ist, dass in 15 Jahren zum Beispiel ein gewisser Prozentsatz in Pension geht und dann kann man schon an der Schraube drehen, dass man rechtzeitig mehr Leute ausbilden lässt, um das geht es, Gerhard, und ich glaube, das ist eine sinnvolle Geschichte und wird deshalb auch eine breite Zustimmung bekommen dieser Antrag. Danke (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

2) Nachnutzung der Bezirksämter

GRin. **Krampl** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Krampl:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Dezember des Vorjahres war von der schwarzgrünen Mehrheit in diesem Haus der Beschluss gefasst worden, eine ganze Reihe von Bezirksämtern aufzulassen, um im Gegenzug bezirksübergreifende Servicestellen einzurichten. Dass durch diese Maßnahme etliche Bezirke - konkret sollen die Bezirksämter Lend, Gries, Liebenau, Waltendorf, Mariatrost, Gösting, Eggenberg, Wetzelsdorf und Puntigam geschlossen werden - damit Service- und Kommunikationszentren verlieren, wurde nicht nur hier im Gemeinderat des Öfteren heftigst kritisiert.

Offen blieb in Zusammenhang mit diesem nicht unumstrittenen Gemeinderatsbeschluss auch die Frage, ob überhaupt und auf welche Art und Weise die Räumlichkeiten dieser bald ehemaligen Bezirksämter weitergenutzt werden. Sie, sofern sie im Eigentum der Stadt Graz sind, zu verkaufen beziehungsweise angemietet einfach abzugeben, wäre zwar der einfachste und kurzfristig gesehen billigste Weg, das hieße aber auch, Räumlichkeiten in zentralen und somit attraktiven Bezirkslagen, die für die Bezirksbevölkerung zur Verfügung gestellt werden könnten, aufzugeben. Denn wir alle wissen, dass viele Initiativen, Vereine, Gruppen dringendst kostengünstige Räume für Veranstaltungen oder Treffen benötigen. Ich denke da etwa an Jugendliche, an verschiedenste Selbsthilfegruppen, an SeniorInnenrunden, an Vereine, die sich derzeit gezwungen sehen, sich um teures Geld in Gaststätten zu treffen. Aber auch an Eltern, die das eine oder andere Mal für einen Kindergeburtstag Platz brauchen. Mit anderen Worten: Wenn schon die Bezirksämter geschlossen werden, sollte man sich zumindest bemühen...

Zwischenruf GRin. Mag.^a Ennemoser unverständlich.

GRin. Krampl: ...die betreffenden Räumlichkeiten einer sinnvollen Nutzung zuzuführen, von der die Bezirksbevölkerung etwas hat, Kollegin Ennemoser. Doch bis dato ist man uns die Antwort, wie die Räumlichkeiten jener Bezirksämter, die nun geschlossen werden, weiter verwendet werden sollen, schuldig geblieben. Wobei in

die Frage über die Weiternutzung auf jeden Fall die Bezirksvorstehungen eingebunden werden müssten.

Ich stelle daher namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Dem Gemeinderat ist bis spätestens September dieses Jahres ein Vorschlag zur Nachnutzung der laut Gemeinderatsbeschluss vom 14. 12. 2009 zu schließenden Bezirksämter vorzulegen, wobei unter Einbindung der jeweiligen Bezirksvorstehungen darauf zu Bedacht nehmen ist, dass die betreffenden Räumlichkeiten nach Möglichkeit auch in weiterer Zukunft für eine öffentliche Nutzung zur Verfügung stehen sollen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.15 Uhr den Vorsitz.

GR. **Sippel** zur Dringlichkeit: Werter Herr Bürgermeister! Das Thema Bezirksämter ist ein Thema, das uns schon sehr, sehr lange auch beschäftigt und ich glaube, die freiheitliche Partei hat sich bis jetzt eigentlich in dieser Frage immer sehr kämpferisch gezeigt und für die Bezirksämter in dieser Stadt gekämpft. Das tun wir noch immer, auch wenn der Zug bereits, so scheint es, abgefahren ist, die schwarz/grüne Mehrheit hat sich hier auch durchgesetzt. Aber wenn ich mir diesen Antrag auch genauer anschau und hier bereits eine Debatte stattfindet über die Nachnutzung, so ist das für uns als Freiheitliche noch momentan uninteressant. Ich finde es schade, es wäre für uns durchaus ein Punkt gewesen, hier auch zustimmen zu können, dass die Einbindung der Bevölkerung hier, weil die ÖVP in Richtung SPÖ hier etwas Druck gemacht hat, dass diese Forderung hier hinausgekommen ist, das möchte ich hier an dieser Stelle auch anmerken, das hätte schon viel früher sein müssen, die Einbindung der Bevölkerung, weil wenn man nämlich hier die Bevölkerung vom

Anfang an eingebunden hätte in dieser Frage, dann hätten die Bezirksämter nie geschlossen werden dürfen. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Dagmar! Also ich sehe es schon, wenn jemand sich Gedanken macht über eine Situation, die kurz davor ist, dass sie eintritt, dann ist das rechtzeitig und dann ist das vorbildlich und dann ist es auch dringend. Die Situation oder die Problematik oder die Möglichkeit, die damit verbunden ist, sind frei werdende Flächen einer Nachnutzung zuzuführen, ist auf jeden Fall einmal positiv, weil nichts ist teurer, als wenn freie Flächen ungenützt sind, weil Positives daraus nicht erwachsen kann. Das, was ich dem Antrag hinzufügen möchte und daher auch einen Zusatzantrag dazu einbringen werde, ist, dass, bevor eine Nachnutzung in den Bezirken, in den Regionen erfolgen kann für Stammtische, für Organisationen, für Geburtstagsfeiern, was auch immer, da soll man durchaus kreativ erheben oder vollständig erheben, welchen Bedarf es vor Ort gibt, dann muss man aber auch, um das hier wirklich im Gemeinderat dann schlussendlich zu einer Abstimmung zu bringen, über was sprechen wir, welche wirtschaftliche Auswirkung hat es. Sprich, man muss im Vorfeld auch erheben, welche Möglichkeiten ortsüblicher Natur müssen oder sind gegeben, welche Mieterlöse könnten für frei werdende Flächen erzielt werden, welche Betriebskosten fallen an, wenn es wirklich für städtisches Interesse verwendet wird, diese Grundlagen müssen einfach später, wenn es zu einer Beschlussfassung kommt, am Tisch liegen. Daher stellen wir seitens des BZÖ den Zusatzantrag: Vor der Entscheidung über eine allfällige Nutzung frei stehender Flächen in den ehemaligen Bezirksämtern sind die ortsüblich möglichen Mieterlöse sowie die anfallenden Betriebskosten für die jeweiligen Objekte beziehungsweise Einheiten zu erheben. Danke.

GRin. **Jahn**: Danke an die Dagmar Krampfl für diesen Antrag. In der Diskussion rund um die Reform zur Bezirksdemokratie war das immer ein wichtiger Punkt zu

überlegen, was passiert mit den Räumlichkeiten, die dann auch leer werden. Also haben wir auch mit der ÖVP so vereinbart, dass man da hinschauen muss, was man damit tut, insbesondere bei jenen Gebäuden, die im städtischen Besitz sind. Und bevor wir die dann irgendwie fremd vergibt oder so, sollte man auch schauen, was ist der Bedarf in dem Bezirk und welche sinnvollen Nachnutzungen gibt es da. Also auch von unserer Seite natürlich Unterstützung für dieses Anliegen. Dazusagen möchte ich noch, dass es teilweise schon passiert ist, es gab die Überprüfung in Richtung Kinderbetreuungseinrichtungen, welche jetzt noch Bezirksämter und später eben frei werdende Liegenschaften könnten da geeignet sein für Kinderbetreuung, es stehen aber noch andere wichtige Bereiche aus, das ist ganz richtig, da muss man hinschauen. Von Eggenberg weiß ich zum Beispiel, dass es dort Interesse gibt, dass die Polizei diese frei werdenden Räumlichkeiten übernimmt, weil die schon seit längerem auch unter Platzmangel leiden und da denke ich mir, auch das ist eine Form von Nutzung, die wir durchaus unterstützen können und die auf alle Fälle sinnvoll wäre. Insofern, ja der Antrag ist dringlich, ich glaube auch, dass der Zeitpunkt der richtige ist, also dass wir schauen, wie es im September, dass das geklärt ist, bevor sozusagen das Projekt neu angegangen wird. Zustimmung zum Inhalt und natürlich auch zur Dringlichkeit.

StRin. **Kahr:** Meine Fraktion, also wir haben bei uns diskutiert, wird gerne der Dringlichkeit und dem Antrag auch die Zustimmung geben. Ich möchte aber auch gleich hier anmerken, damit bei den weiteren Überlegungen über frei werdende Räumlichkeiten von ehemaligen Bezirksämtern, dann aber auch nicht irgendwie falsche Dispositionen. Drei Bezirksämter sind in der Verwaltung des städtischen Wohnungsamtes und wir haben uns überlegt, die zu Wohnungen zu adaptieren zu Gemeindewohnungen, wir haben es auch mittlerweile überprüft, sie eignen sich dafür auch und das betrifft, ich sage es nur auch für das Protokoll, es betrifft das Bezirksamt Gösting, Gries und Mariatrost.

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Ich möchte mich zunächst einmal beim Amt auch bedanken, dass dieser Vorgang, der durch einen Gemeinderatsbeschluss ja eingeleitet wurde, wir hören jetzt schon einige Details, dass der absolut mit Zielorientierung, mit Augenmaß sich in Umsetzung befindet. Unser Beschluss, den wir hier gefasst haben, war Servicezentren für ein noch besseres Service der Bevölkerung an mehreren Standorten einzurichten. Dazu bekennen wir uns ausdrücklich auch an einem Tag wie heute, dass enthebt uns selbstverständlich nicht, darauf zu schauen, dass die bisherigen Standorte bestmöglich in eine neue Funktion übergeführt werden. Wir haben gerade von der Frau Stadträtin Kahr gehört, dass war mir auch bei der ursprünglichen Beschlussfassung so gar nicht bewusst, dass drei dieser bisherigen Standorte sprich in Gemeindefunktionen lukriert waren, nichts liegt näher, als sie dem eigentlichen Zweck zuzuführen. Weil wir bekennen uns zum sozialen Wohnbau und bringen das auch beschlussmäßig auch immer wieder zum Ausdruck. Heute bei dem Zusatzantrag für Reininghaus oder auch mit der Beschlussfassung hier. Wir stimmen der Dringlichkeit und dem Antrag zu, allerdings mit einer wichtigen Bemerkung. Der Antrag inhaltlich voll d'accord, ohnedies auch schon im Gange, aber es kann natürlich, das möchte ich schon der Ordnung halber festhalten, das kommt ja auch im Zusatzantrag von Mariacher zum Ausdruck, es ist hier mit wirtschaftlichem, mehr als Augenmaß, also mit wirtschaftlicher Kompetenz vorzugehen und es kann natürlich aus einer Beschlussfassung nicht resultieren, dass die Budgetgrundsätze verletzt werden, dann wäre er nämlich gar nicht zulässig. Das möchte ich hier der Ordnung halber festhalten, ist auch nicht beabsichtigt. Wir werden der Dringlichkeit, dem Antrag und dem Zusatzantrag zustimmen (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GRin. **Krampl**: Verzichte auf das Schlusswort.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Zusatzantrag von GR. Mag. Mariacher wurde mit Mehrheit angenommen.

3) Eigene BewohnerInnen-Parkplätze in den gebührenpflichtigen Zonen

GR. **Eichberger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In meinem dringlichen Antrag geht es um einen neuerlichen Vorstoß in Richtung eigene BewohnerInnen-Parkplätze in den gebührenpflichtigen Zonen. Kurz vorweg ein paar Zahlen, um euch zu verdeutlichen, wie es momentan mit der Zonen-Bewirtschaftung auch aussieht. Es gibt momentan, das sind die Zahlen jetzt der kommenden Zonen-Erweiterung, zurzeit gibt es in Graz rund 7.000 Parkplätze in den Grünen Zonen mit ungefähr 3700 Ausnahmegenehmigungen für die BewohnerInnen sowie 13.000 Parkplätze in den Blauen Zonen, für die es 11.000 Ausnahmegenehmigungen gibt. Darüber hinaus noch rund 2000 Monats- und Jahrespauschalkarten sowie 1200 Ausnahmegenehmigungen für UnternehmerInnen und ArbeitnehmerInnen.

Demnächst, wie gesagt, wird es zwar zu einer weiteren räumlichen Ausdehnung der Zonen beziehungsweise diversen Umwandlungen innerhalb der Zonenbereiche kommen, aber, und das ist jetzt der Punkt und der Aufhänger meines dringlichen Antrages, es wird sich für die Bewohnerinnen und Bewohner, vor allem der innerstädtischen Bereiche, dadurch kaum eine Besserung erzielen lassen. Denn es ist ja nicht nur so, dass es fast gleich viele Zonenparkplätze wie Ausnahmegenehmigungen gibt, nämlich ungefähr 20.000 Parkplätze und da gegenüberstehend 18.000 Ausnahmegenehmigungen, sondern es ist natürlich so, dass speziell in den Innenstadtbezirken ein noch ungünstigeres Verhältnis für die BewohnerInnen zwischen Parkplätzen und Ausnahmegenehmigungen herrscht.

Dazu kommt natürlich, dass jeder Mann, jede Frau in diesen Zonen gebührenpflichtig parken kann, eben mit der Entrichtung der Parkgebühr beziehungsweise ist es natürlich so, dass von abends bis 9.00 Uhr in der Früh sowieso diese Parkplätze auch gratis zu benützen sind. Das führt dazu, dass die Bewohnerinnen und Bewohner der Innenstadt sowieso schon jetzt nicht die Möglichkeit haben, direkt vor dem Haus zu parken, was sie ja auch zur Kenntnis nehmen, aber es ist nicht einzusehen, wenn sie schon eine Ausnahmegenehmigung besitzen und eh bereit sind, ihre Auto in einer entsprechenden Entfernung von ihrem Wohnplatz abzustellen, dass sie trotz Entrichtung dieser Ausnahmegebühr keine Möglichkeit haben, dort zu parken, weil ihre Parkplätze hier vergeben sind mit andern Nutzern. Wir hatten schon einmal diese eigenen BewohnerInnen-Parkplätze, die dann auf Grund von gesetzlichen Bestimmungen hier wieder aufgehoben wurden und es ging eben jetzt in meinem Antrag darum, dass wieder versucht wird, eine gesetzliche Möglichkeit zu schaffen, um je nachdem, wo eine Notwendigkeit, wo ein Bedarf und eine Nachfrage nach solchen eigenen BewohnerInnen-Parkplätzen herrscht, dann diese eigenen BewohnerInnen-Parkplätze zu schaffen.

Und daher stelle ich namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat möge die zuständige Verkehrsreferentin Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker ersuchen, einen neuerlichen Vorstoß zu unternehmen, damit in den gebührenpflichtigen Parkzonen eigene, nur für BewohnerInnen zur Verfügung stehende Parkbereiche geschaffen werden können. Also es geht lediglich um, nicht jetzt um die Schaffung noch solcher Parkplätze, sondern um die Möglichkeit, solche Parkplätze bei Notwendigkeit errichten zu können. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker** zur Dringlichkeit: Danke für den Antrag. Dieses Thema ist hier herinnen schon öfters Thema gewesen. Noch ein paar Daten zusätzlich zu deinen Daten, die du ja richtig wiedergegeben hast. Wie gesagt rund 13.000 Stellplätze,

Stand 10. Mai, 10.990 davon mit Ausnahmegenehmigungen für BewohnerInnen und 7.000 Stellplätze in den Grünen Zonen, wovon eben 3.653 mit Ausnahmegenehmigungen versehen sind. Und dazu kommen noch 1.950 Monats- und Jahrespauschalkarten, und insgesamt gab es noch 1.118 Ausnahmegenehmigungen für UnternehmerInnen und DienstnehmerInnen, die man in dem Diskussionszusammenhang auch nicht vergessen sollte. Es stehen also 20.000 bewirtschafteten Parkplätze 17.700 Ausnahmegenehmigungen ihm Total gegenüber, das bedeutet einen fiktiven Überhang von zirka 2.300 frei verfügbaren Parkplätzen. Bei einem mehr als 10%-igen Überhang von freien Stellplätzen kann also von einer Dringlichkeit des Antrages keine Rede sein. Natürlich gibt es in Rand- und Grenzbereichen der einzelnen Zonen zueinander, das hat aber auch vor allem mit viel Veranstaltungsbereichen zu tun, wie zum Beispiel in der Gegend Kunsthaus, Opernhaus, Schauspielhaus, Kinos etc. durchaus vereinzelt und zeitlich eingeschränkt zu einem Engpass an Parkplätzen kommen. Das sind durchschnittlich über 20.000 Parktickets aus Parkscheinautomaten und Handyparken sind jetzt doch Zeugnis davon eben, dass es doch einen sehr großen Umschlag von den Parkplätzen gibt und das ja durchaus auch ein Ziel gewesen, dass es eine hohe Durchsetzung gibt und eine hohe Auslastung der Parkplätze. Würde man sehr viele davon nur BewohnerInnen zur Verfügung stellen, dann würde es dazu führen, dass womöglich unter Tags diese Stellflächen frei wären und nicht genutzt werden. Denkt man den vorliegenden Antrag dann eben zu Ende, würde man womöglich am Ende 15.000 Stellplätze für AnwohnerInnen haben und nur noch 5.000 für Wirtschaftsverkehr, für Einkäufe, für Besuche, für Berufsverkehr, für Freizeitverkehr zur Verfügung haben, das würde eigentlich der Grundidee der Parkraumbewirtschaftung entgegenstehen. Das ist jetzt einmal so der Ansatz, warum das nicht sehr nachhaltig ist, wenn es um einen möglichst effizienten Umsatz im Bereich der Parkraumbewirtschaftung geht, nämlich ein Umsatz mit öffentlichem Raum. Das Zweite ist, eine solche Verordnung gab es in der Stadt Graz schon, das weißt du eh, und die wurde aufgehoben vom Verfassungsgerichtshof im Jahre 1985 als gesetzeswidrig, weil eben die Verordnung und Reservierung bestimmter Parkplätze für bestimmte Personen, nämlich solche, die über eine Ausnahmegenehmigung verfügen, bewirkt werden sollte, was jedoch in der StVO keine Deckung fand und noch immer nicht findet. Das heißt, dass damals diese Regelung von BewohnerInnen-Gebieten damit aufgehoben wurde. Derzeit besteht

eben kein Bedarf, das noch einmal abzuwenden, was allerdings Auftrag ist an die nächste Evaluierung für die Grünen und die Blauen Zonen ist, bestimmte sensible Gebiete noch einmal genau auf das hin zu evaluieren, ob es da eben Zeitenüberschneidungen gibt, eben weil man ja genau dort, wo die Veranstaltungen am Abend dichter sind, manchmal ein Problem haben für AnwohnerInnen, wenn sie am Abend nach Hause kommen und dort alles verparkt ist, das ist dezidiertes Auftrag für die nächste Evaluierung, dazu eine Antwort zu finden, was vielleicht im Bereich der Zeiten der Bewirtschaftung eine Auswirkung haben wird, aber wie gesagt, das ist derzeit nicht Stand der Dinge, sondern ist Auftrag für die nächste Evaluierung. So viel kann ich dir dazu zur jetzigen Zeit sagen und wie gesagt, die Parkraumbewirtschaftung hat das Ziel die Parkplätze möglichst effizient auszulasten und deswegen macht es Sinn, dass die Anwohner/Anwohnerinnen dann dort parken, wenn sie zu Hause sind und zu anderen Zeiten dieser Parkplatz anderen zur Verfügung steht, sonst müssten wir wesentlich mehr haben, haben wir aber nicht. Ich weiß, du bist nicht zufrieden, schaut nicht so aus. Deswegen wird der Dringlichkeit nicht stattgegeben, dem Antrag auch nicht.

GR. **Grosz:** Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Auch wir werden der Dringlichkeit, aber auch dem Inhalt nicht zustimmen, weil dieser Antrag einmal mehr eine Stilblüte des Kollegen Eichberger ist und auch legistisch den Zustand der Sozialdemokratie allein im Beschlusstext widerspiegelt. Denn so wie der Beschluss verfasst ist, der Gemeinderat möge die zuständige Verkehrsreferentin Bürgermeisterstellvertreter Lisa Rücker beauftragen, einen neuerlichen Vorstoß zu unternehmen, damit in den gebührenpflichtigen Parkzonen eigene nur für BewohnerInnen zur Verfügung stehende Parkbereiche geschaffen werden können, lässt weder darauf schließen, erstens wo, zweitens wie viel und drittens projiziert das genau das Chaos, von dem die Vizebürgermeisterin im Ansatz jetzt gesprochen hat, aber das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, wenn man quasi seinen eigenen zweckgewidmeten und flächengewidmeten Parkplatz fünf Häuserecken weiter hat, der dann vielleicht wie gesagt 12 Stunden des Tages leer steht, nicht benutzt werden kann, im Übrigen auch von Pendlerinnen und Pendlern nicht benutzt werden kann, es ist ja auch mir überhaupt sehr neu, wie

pendlerfeindlich die Sozialdemokratie eigentlich diesbezüglich auch eingestellt ist, also das ist unausgegoren, das ist Chaos pur, das ist ein Antrag, der wirklich Makulatur ist und eigentlich den Weg in die Rundablage finden sollte. Nicht mehr und nicht weniger ist er schlussendlich wert, denn natürlich gibt es ein Problem und natürlich freut sich keiner über gebührenpflichtige Parkplätze und natürlich ist keiner mit der Situation zufrieden, aber die Situation so zu lösen, zweckgewidmete Parkplätze irgendwo zu schaffen, die dann quasi 24 Stunden reserviert sind für Bewohner, die wahrscheinlich nicht einmal wissen, wo sie ihre Parkplätze haben, also wer Verwaltungsaufwand erfinden will, sozialistischen Bürokratismus, der macht das mit diesem Antrag perfekt, aber für nicht mehr und nicht weniger ist er wert und daher wird das BZÖ dem nicht zustimmen (*Applaus BZÖ*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, lieber Kollege Klaus Eichberger! Du bist auf dem richtigen Weg, es gibt natürlich ein Problem, wenn Anrainer am Abend keinen Parkplatz finden, sie zahlen für die Ausnahmegenehmigung, da ist natürlich ein Missstand da, aber wir sind auch in Klausur gegangen, haben uns überlegt, wie das in der Praxis funktionieren kann und es ist bei uns auch kein denkbare Modell uns eingefallen, wie das dann wirklich in der praktischen Umsetzung funktionieren kann, wir haben jetzt schon die Blaue Zone, die Grüne Zone, vielleicht gibt es dann einen Roten-Zonen-Parkplatz oder eine Violette vor dem Haus, damit eben nur dort die Anrainer parken können oder eine Plakette auf der Windschutzscheibe, die dann halt sehr aufwendig kontrolliert werden muss von den Überwachungsorganen. Das heißt, wir sehen auch das Problem, aber können der Dringlichkeit und dem Inhalt in diesem Stadium aber unsere Zustimmung nicht geben (*Applaus FPÖ*).

GR. **Mayr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Klaus! Die ÖVP-Fraktion wird der Dringlichkeit auch nicht zustimmen aus mehreren Gründen. Zunächst einmal das Argument, dass wir gerade in der Umsetzungsphase sind der Zonenerweiterung und Zonenänderungen der Grünen und Blauen Zonen

und die natürlich in eine Evaluierungsphase führen, wo man sich dann noch einmal sehr genau diese neuralgischen Zonenbereiche anschauen muss und anschauen wird, auf die du natürlich schon richtigerweise hinweist, es gibt Bereiche Herz-Jesu-Viertel, auch die Innenstadtbereiche, Jakomini möglicherweise auch, wo eben Anrainerinnen und Anrainer dann am Ende der Bewirtschaftungszeit möglicherweise kaum einen Parkplatz finden. Was uns auch sehr abgeht, ist die Konkretisierung in deinem Antrag, also du nennst keine konkreten Zonen, so quer über die Stadt kann man das Thema natürlich nicht ziehen, das Zweite wurde von der Vizebürgermeisterin im Prinzip schon argumentiert bis hin zu den rechtlichen Fragen. Die Bewirtschaftung an sich hat ja das Ziel verfolgt, Parkraum den Anrainerinnen und Anrainer wieder zur Verfügung zu stellen und dieses Ziel ist, wenn man sozusagen die letzten Jahre betrachtet, ja auch gelungen. Zum Beispiel im Herz-Jesu-Bereich ist bei eh schon knappem Parkraum aber wenigstens den Anrainerinnen und Anrainern mehr Parkraum zur Verfügung gestellt worden. Letzter Punkt vielleicht noch, man müsste sich natürlich auch in diesem Zuge noch genauer überlegen, wir haben schon in einigen Bereichen die Situation, dass in Wohnanlagen, wo Tiefgaragenplätze zur Verfügung stehen, oft Anrainerinnen und Anrainer diese Tiefgaragen dann weitervermieten und sich selber eine Ausnahmegenehmigung auf der Straße besorgen. Wenn man hier den BewohnerInnen noch mehr Möglichkeiten im Bereich des öffentlichen Parkraums zur Verfügung stellen wollte, dann müsste man natürlich auf der anderen Seite hier stärker kontrollieren, irgendeine Möglichkeit finden, Ausnahmegenehmigungen diesen Personen, die vielleicht private Parkplätze haben, eben dann nicht zur Verfügung zu stellen. Wie gesagt alles in allem warten wir auf die Evaluierung der Zonenerweiterung und stimmen der Dringlichkeit nicht zu (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Eichberger:** Kolleginnen und Kollegen! Auf die Pendlerinnen und Pendler gehe ich nicht so sehr ein, sondern mir liegt das Wohl und die Lebensqualität der Grazerinnen und Grazer in erster Linie am Herzen und es freut mich schon zum einen, heute auch aus vielen Wortmeldungen jetzt gehört zu haben, dass es tatsächlich ein Problem gibt in der Innenstadt, weil jeder oder jede, die dazu gesprochen hat, hat festgestellt, dass Innenstadtbewohner ein Problem haben, dass

sie zahlen für eine Ausnahmegenehmigung und diese zum Teil nicht konsumieren können, weil sie keinen freien Parkplatz haben. Das ist einmal Faktum und über das Gott sei Dank herrscht ja hier Einigkeit von allen, die auch zum Inhalt und zur Dringlichkeit hier nein gesagt haben. Wir gehen halt den anderen Weg und sagen ja nicht, bitteschön jetzt und wenn der Kollege Mayr, den ich ja sehr schätze, ich kritisiere und bemängel an diesem Antrag, ich weiß nicht, wo du dir eine Zone wünschst, dann muss ich ja vielen, nicht nur ihm sagen, es geht mir jetzt noch nicht darum, wo es Zonen geben soll, sondern, und Herr Oberschlauer Nationalrat, darf ich dir schon eines sagen, anscheinend bist du nicht gar so bemächtigt, hier entsprechend inhaltlich das zu erfassen, weil es ist nicht darum gegangen jetzt Zonenplätze zu schaffen, sondern es ist darum gegangen, hier die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen in Form einer StVO-Änderung, das ist der Sinn und Zweck (*Applaus SPÖ*). Aber eines muss ich schon noch sagen. Manchen, die heute hier sehr großspurig gesagt haben, mein Gott, das geht nicht, kann nicht gehen, wie stellt sich der Eichberger das vor, möchte ich schon sagen, viele sind jetzt gezwungen, sich teure Garagenplätze zu nehmen, wenn sie in der Innenstadt wohnen bleiben möchten und ihr seid eben dafür, dass diese Leute in teure Garagen gedrängt und gezwängt werden, anstelle hier einfach zu sagen, bieten wir den Bewohnerinnen und Bewohnern, bieten wir den Grazerinnen und Grazern ein halbwegses Angebot an vernünftigen leistbaren Parkplatz in etwa in der unmittelbaren Nähe, und zu guter Letzt für alle Gescheiten hier, die so tun, als ob das eine absurde Idee des Klaus Eichberger wäre, darf ich nur aus einer Presseaussendung zitieren. Es fordert jemand Bewohnerparkplätze statt Anrainerparkplätze, unter dem Hinweis die derzeitige Straßenverkehrsordnung erlaube keine Änderung der Parkraumbewirtschaftung im Sinne von eigens gekennzeichneten und reservierten Bewohnerparkplätzen werde seit Jahren eine Diskussion über Bewohnerparkplätze blockiert. Die bisherige Blockade in dieser Frage muss jetzt aufgebrochen werden, aber nicht, wie es sich die Grünen vorstellen, für Anrainerparkplätze, sondern für die Realisierung von eigenen Bewohnerparkplätzen. Anrainer ist ein Begriff, der nicht nur Bewohner erfasst, sondern auch andere und das würde die Bewohnerparkplätze wieder ad absurdum führen. Das ist eine Presseaussendung aus dem Februar 2010, keine roter Kommunalpolitiker hat das gefordert, sondern die ÖVP-Bezirksvorsteherin Ursula Stenzel im ersten Wiener Bezirk, also so absurd, liebe Kolleginnen und Kollegen,

kann dann letztendlich meine Idee ja doch nicht sein, wenn sogar eine sehr vernünftige fortschrittlich denkende Bezirkspolitikerin der ÖVP in Wien ähnliche Ideen hat wie der kleine Gemeinderat Klaus Eichberger, dann denke ich mir, wäre es schon einmal Grund und Anlass vor allem für die ÖVP-Fraktion, von den Grünen spreche ich nicht, die lehnen ja momentan grundsätzlich alles ab in Richtung Verkehrsmaßnahmen, wenn es nicht von ihnen selber kommt, ob das die GVB-Fahrten sind, ob das irgendwelche Wohnzonen sind in den Straßen, wird grundsätzlich jeder Antrag von mir abgelehnt. Wenn Sie es gleich sagen würden, es geht darum, dass wir nicht einverstanden sind, dass sich andere zum Thema Verkehr äußern, dann würde ich es noch verstehen.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Dann schreiben Sie darauf, von wem die Idee ist.

GR. **Eichberger:** Aber auf der anderen Seite, von der ÖVP da herzugehen und hier diese Idee zu verdammen, wobei eine eigene Fraktionskollegin in der Bundeshauptstadt das fordert, das zeigt von der Abgehobenheit...

Bgm. Mag. **Nagl:** Herr Gemeinderat, wir sind jetzt schon fast zwei Minuten drüber über die Redezeit...

GR. **Eichberger:** Ich bin demnächst fertig, aber ich hatte heute hier auch schon einen Vorredner, der gesagt hat, ich überziehe die Zeit auch und ich nehme mir sowieso nur einen Bruchteil von dem, was sich der Herr Bürgermeister hier herausgenommen hat. In diesem Sinn hätte es mich gefreut, wenigstens die ÖVP-

Fraktion überzeugen zu können, um Ihrer Kollegin in Wien die nötige Unterstützung auch aus Graz zukommen zu lassen,...

Zwischenruf GRin. Gesek: Die braucht sie gar nicht.

GR. **Eichberger:** ...weil wenn Stenzel und der Grazer Gemeinderat hier eine Initiative in Änderung der StVO fordert, hat das ein anderes Gewicht. In diesem Sinne vielleicht bewege ich den einen oder anderen, doch noch zum Inhalt wenigstens ja zu sagen (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Danke vielmals, ich bin mir sicher, dass du in Wien gut ankommen würdest, in Graz haben wir eine andere Meinung.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Keine Erhöhung der GVB-Tarife

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Ich glaube, es ist sehr schwierig, nach diesem Highlight der Kommunalpolitik jetzt noch etwas einzubringen. Lieber Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herern! Für 1. Juli hat der Steirische Verkehrsverbund wieder Tarifierhöhungen angekündigt, und das, obwohl die Fahrpreise in der jüngeren Vergangenheit immer wieder kräftig erhöht wurden. Allein in den letzten beiden Jahren erfolgte eine Verteuerung der Einzelfahrscheinpreise für die GVB von 1,70 auf 1,90 Euro, die Wochenkarte kostet heute 10,60 statt 9,60 Euro noch im Jahr 2007.

Vergleicht man die aktuellen Preise mit jenen von 1999, also vor 10/11 Jahren, so muss man sogar feststellen, dass die Preisentwicklung weit über jene der allgemeinen Verbraucherpreissteigerungen im genannten Zeitraum hinausgeht: Stunden- und Jahreskarten wurden seit 1999 um ein Drittel teurer, bei den Monats- und Wochenkarten erfolgten noch wesentlich drastischere Preiserhöhungen: Bei Monatskarten beträgt die Verteuerung fast 40 %, bei Wochenkarten gar 46 %. Im selben Zeitraum sind die allgemeinen Verbraucherpreise nur um 22,4% gestiegen.

Eine Erhöhung der Verbundtarife kann schon allein deshalb keinesfalls als gerechtfertigt angesehen werden. Hinzu kommt, dass eine Erhöhung der Tarife für den öffentlichen Verkehr angesichts der Feinstaubbelastung und der damit verbundenen Umweltschädigung und Gesundheitsgefährdung für die Grazerinnen und Grazer ein völlig falsches Signal an alle VerkehrsteilnehmerInnen darstellt. Stattdessen wären ernsthafte Überlegungen über eine Senkung der Fahrgasttarife notwendig, ich erinnere auch an das Projekt, das in Deutschland vor einigen Jahren gelaufen ist, einige Städte haben für einen gewissen Zeitraum sogar einen Nulltarif für den öffentlichen Verkehr eingeführt. Wenn man an die Folgekosten denkt, vielleicht auch gar nicht einmal so unwirtschaftlich, wie man es vielleicht auf den ersten Moment glauben möchte. Außerdem sollte die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel an Tagen erhöhter Feinstaubbelastung zum Nulltarif möglich sein. Genau um diese Gratistage sollten Monats-, Halbjahres- und Jahreskarten zusätzlich länger gelten.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz fordert, wieder einmal, die zuständige Verkehrsreferentin, Vizebürgermeisterin Lisa Rücker, auf, mit den zuständigen Stellen beim Steirischen Verkehrsverbund und der Steiermärkischen Landesregierung in Verhandlungen zu treten, damit die mit 1. Juli geplanten Erhöhungen der Verbundtarife nicht durchgeführt werden. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker** zur Dringlichkeit: Auch in diesem Fall bin ich angesprochen. Lieber Herr Gemeinderat Fabisch, ich verstehe schon, dass in Zeiten, wo Wahlkämpfe in der Nähe sind, gerade immer wieder auch die KPÖ mit Gebührenstopps beziehungsweise Gebühreneinfrieren oder Gebührensensen gerne auch Stimmung macht. Ich möchte gerne auch noch umgekehrt die Antwort haben, wie wir dann auch Maßnahmen, einigermaßen die Kosten auch wieder hereinbringen sollen, die sie einfach kosten. Im überproportional gestiegenen Vergleich, also wenn man sagt im Jahresvergleich wurden 23 %, gibt es eine Erhöhung der Treibstoffpreise, dann ist eine Preissteigerung bei dem Tarif von 0,88 % demgegenüber, also dieser Kostensteigerung gegenüber, die heuer mit 1. Juli 2010 durch den Verkehrsverbund durchgeführt wird, wirklich eine, wo ich mir denke, die ist mehr als zumutbar. Es ist so, dass es eine Gesetzesgrundlage gibt, du hast sie angesprochen, zwischen Land und Verbund, die eine regelmäßige Anpassung der Gebühren deswegen auch vorsieht, damit es eben nicht zu einzelnen Sprüngen kommt, die dann wirklich unzumutbar sind. Was heißt das im Klartext? In der Stundenkarte bleibt der Preis gleich, die 24-Stunden-Karte steigt um 10 Cent auf 4.20, die Wochenkarte steigt um 10 Cent von bisher 10.60 auf 10.70. Die Monatskarte steigt von 36.10 auf 36.40, also 30 Cent, die Halbjahres- und die Jahreskarten, da kostet die Jahreskarte in Zukunft zwei Euro mehr, die Halbjahreskarte um einen Euro mehr. Angesichts dessen, dass Kosten leider eben steigen und auch die Bereitstellung des öffentlichen Verkehrs Geld kostet, ist das eine adäquate Preiserhöhung, die meiner Meinung nach nicht soziale Härten hervorruft, über das hinausgehen, was insgesamt, und da bin ich schon bei dir,

prinzipiell eine soziale Problemlage da ist, wo ich sehr wohl immer wieder gesprächsbereit bin und wo wir auch versuchen, immer wieder auch Maßnahmen zu setzen ist, dass man sagt, je nach Einkommen sollten auch Staffelungen möglich sein. Aber das kann nicht heißen, dass man generell für alle, auch die es sich leisten können, aus Gründen von einer schnell- und kurzfristig gedachten Politik einfach die Preiserhöhungen nicht mitzieht, die einfach notwendig sind. Auf der anderen Seite haben wir uns als Grüne auch immer wieder dafür stark gemacht, adäquate Preise im öffentlichen Verkehr zu haben, aber eben auch für einen Ausbau im öffentlichen Verkehr, damit überhaupt einmal zugänglich ist, was Mobilität an Grundbedürfnis bedeutet, weiß du, das heißt, dass öffentlicher Verkehr so gut wie möglich ausgebaut gehört, aber auch das kostet und deswegen stehe ich dazu, dass moderate Preiserhöhungen auch weiterhin stattfinden. Andererseits möchte ich dir kurz berichten, es gibt immer wieder auch Tarifänderungen, die eben bestimmte Zielgruppen ansprechen, zwei neue Tarife, die da heuer kommen werden, es wird ein verbessertes Ferienticket geben für junge Menschen im Sommer, das bis zum 20. Geburtstag allen, auch in ganz Steiermark zur Verfügung, stehen wird und es wird auch eine neue Nachmittagsbildungskarte für all jene Schüler und Schülerinnen geben, die zu nahe am Wohnort, also zu nahe am Schulort wohnen und dann in Zukunft auch einen Zugang zu den Netzkarte haben, die jetzt keinen Zugang zur Netzkarte haben, damit sie ihre anderen Aktivitäten in der ganzen Stadt auch öffentlich verrichten können. Also hier gibt es immer wieder neue Entwicklungen, die dem gerecht werden, aber zu diesem dringlichen Antrag kann ich der Dringlichkeit und auch nicht dem Antrag zustimmen.

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Schon wieder, und das wird vielleicht halt dann noch einmal passieren, dass ich mich zu Wort melde. Ich glaube es ist ja nicht so, dass man sich nur einmal während einer Gemeinderatssitzung zu Wort melden darf. Es ist, glaube ich, ein ernstes Thema, ich hoffe, auch wenn jetzt die zuständige Verkehrsreferentin, die Frau Vizebürgermeisterin, auch diesbezüglich wieder einmal nein gesagt hat, dann gibt das einem schon mehr als zu denken. Es ist ja so, dass wir nicht zum ersten Mal zu diesem Thema hier in diesem Gemeinderat sprechen, auch seitens unserer Fraktion gab es ja schon immer wieder in diese

Richtung auch Vorstöße und deshalb, gleich einmal vorweg, unterstützen wir selbstverständlich diesen Antrag sowohl was die Dringlichkeit betrifft als auch den Inhalt. Erstens, und anscheinend gibt es sehr viele GrünpolitikerInnen, die unter einem Kurzgedächtnis leiden, weil gerade die grüne Fraktion war es bis zu dem Zeitpunkt, wo sie dann die Verkehrsreferentin gestellt haben, dass sie immer wieder darauf hingewiesen haben, dass ein wesentlicher Angelpunkt für die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs und für die große Akzeptanz von öffentlichen Verkehrsmitteln kostengünstige Tickets seien und haben auch diesbezüglich, bis sie eben in andere Positionen gewählt wurden, hier dies immer wieder mit Anträgen auch unterstützt und hier vehementest für günstige Tarife gekämpft. Und es ist ja auch so, dass es letztendlich so war, dass ja auch die Frau Vizebürgermeisterin hier tolle, attraktive, spezielle Tickets angefordert hat. Und wenn heute die Frau Vizebürgermeisterin jetzt vor wenigen Minuten hier wirklich sehr moderat hier spricht und so tut, als ob, na ja das ist ja ohne Weiteres leistbar und das ist, wie sie selber sagt, zumutbar diese Erhöhung und das ist eine moderate Preiserhöhung, dann gebe ich nur eines zu bedenken, dass momentan alles sich moderat erhöht, ob das die Parkgebühren sind, ob das die Mietpreise sind, ob das die Beiträge der Eltern für die Kinderunterbringung sind, es gibt überall nur eine moderate Preiserhöhung, und das ist einfach nicht so hinzunehmen und es ist auch eine Verdrehung der tatsächlichen Preiserhöhungen. Und ich darf nur ein Beispiel bringen, auf das hat möglicherweise die Frau Vizebürgermeisterin wohlweislich vergessen oder sie weiß es nicht, wenn sie von moderaten, zumutbaren Preiserhöhungen spricht. Die Jahreskarte bei der GVB kostete im Jahr 2009 284 Euro und das kostet jetzt im Jahr 2010, da ist aber die geplante Erhöhung im Juni/Juli noch gar nicht beinhaltet, kostet die gleiche Jahreskarte 334 Euro, und wenn jetzt die Frau Vizebürgermeisterin spricht von einer moderaten Erhöhung von 50 Euro, dann weiß ich nicht, in welcher Stadt, in welcher Zeit sie lebt, wo viele Leute unheimlich zu kämpfen haben und 50 Euro jetzt für die Jahreskarte allein eine Erhöhung, ja eine wesentliche Verteuerung darstellt und nicht eine moderate zumutbare. In diesem Sinn, wie gesagt, unterstützen wir das, sind zutiefst enttäuscht von der Verkehrsstadträtin, dass sie hier nicht einmal bereit ist, wie gesagt, hier in Verhandlungen zu treten, es geht ja noch gar nicht darum, wie erfolgreich sie ist und wir sagen auch nicht, sie muss mit diesem oder jenen Ergebnis nach Hause kommen oder uns berichten können.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Sehr großzügig.

GR. **Eichberger**: Sondern es geht nur darum, die Bereitschaft zu verhandeln und zu versuchen, für die Grazerinnen und Grazer unter Umständen das eine oder andere abzuwürgen, hintanzuhalten, zu ermäßigen und, und, und. Und da muss ich schon sagen, das ist zu verurteilen, die Verhandlungsbereitschaft hier zu signalisieren und zu sagen, nein ich stimme diesem Antrag nicht zu, ich sehe keine Notwendigkeit, hier für die Grazerinnen und Grazer hier Ermäßigungen, Verbilligungen etc. zu erreichen. Ich bin enttäuscht (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Gibt es noch Wortmeldungen zur Dringlichkeit. Dann darf ich mich auch namens meiner Fraktion zur Dringlichkeit melden und darf den Herrn Gemeinderat Eichberger aber auch bitten zu berücksichtigen, dass zum Beispiel in Salzburg, nämlich in der Kernzone Salzburg, und da gibt es bei weitem nicht so einen intensiven öffentlichen Verkehr wie bei uns, die Jahreskarte im Moment 455 Euro kostet und über diese 50 Euro, über die du hier gesprochen hast, muss man dazusagen, das war eine gestützte Aktion von 10 % als Einstiegskarte gedacht und hat nichts mit dem Normaltarif zu tun, der eben ganz normal wieder steigt. Für jemanden, der im vergangenen Jahr diese 10-%-Aktion in Anspruch genommen hat, ist das im heurigen Jahr eine deutliche Erhöhung, das ist richtig, aber er weiß es eh genau, er schmunzelt, das ist der Punkt und es ging bis September diese Aktion und diese Aktion gibt es nicht mehr. Für uns ist der Antrag nicht dringlich, wir gehen auch beim Antrag selbst nicht mit und noch einmal, es gilt auch, unseren öffentlichen Verkehr nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern ihn auch auszubauen und wir haben, auch vertragliche Absicherung über mehrere Jahre, wo wir uns drauf verständigt haben nicht immer nur hinzuschieben, in welchem Jahr gibt es welche Erhöhung, weil ich traue mich wetten, dass wir im nächsten Jahr eine andere Inflationsrate haben werden und da werden wir dann auch mit einer moderaten wieder in einem Schnitt liegen, so sind wir in Summe ausgegangen, aber wir verstehen deinen Antrag sehr wohl, aber ich bitte auch, die Antwort von uns zu verstehen, es gilt, diesen

öffentlichen Verkehr nicht nur abzusichern, sondern, wie Sie alle wissen, auch wieder auszubauen (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. Mag. **Fabisch**: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, eines finde ich schon sehr komisch. Immer wenn man sich gegen Erhöhungen von Gebühren wendet, diese lächerlich zu machen oder vom Tisch wischen zu wollen, wenn oder weil vielleicht ein Wahlkampf vor der Türe steht, also eines kann man uns sicher nicht vorwerfen, dass wir nur dann auf der Seite der Bevölkerung sind, gegen die Gebührenerhöhungen, wenn Wahlkämpfe vor der Türe stehen, das ist mir zu billig, das lasse ich so nicht gelten. Du hast schon Recht, liebe Lisa Rucker, diese Preiserhöhungen sind vielleicht jetzt nicht die höchsten, das stimmt. Darum haben wir auch einen 10-Jahres-Vergleich gemacht. Man muss einmal in die Bevölkerung hineinhören, es reicht den Leuten, vor allem auch außerhalb von Graz werden die Angebote reduziert, die Erhöhungen bleiben. Interessanterweise ist bei unserem Antrag, den wir sehr ähnlich im Landtag gestaltet haben, die grüne Partei mitgegangen. Da saßen sie natürlich in der Regierung, das ist natürlich ein Unterschied. Abschließend möchte ich die Frage, die du aufgeworfen hast, erneut aufgreifen und wiederholen: Wie denn bezahlen? Wir haben das schon mehrmals hier deponiert, wir als KPÖ plädieren für eine Nahverkehrsabgabe, die der schönen Stadt Wien, die heute schon erwähnt wurde, eine wunderbar funktionierende U-Bahn beschert hat. Dankeschön (*Applaus KPÖ und FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 17.50 Uhr den Vorsitz.

5) Zu hohe Kopierkosten bei Gericht – Petition

GRin. **Schloffer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Schloffer**: Landtagswahlkampf und die Forderung nach Kostenminimierung, nicht nur Gebühren. Mit 1. Juli 2009 wurde das Gerichtsgebührengesetz insofern novelliert, als dass die Kosten für Kopien von Gerichtsakten um 150% von 40 Cent auf einen Euro pro Seite angehoben wurden.

In Österreich hat jeder Beteiligte in einem Straf- beziehungsweise Zivilprozess das Recht auf Akteneinsicht. Ein Verstoß gegen diese Regelung würde dem in der Europäischen Menschenrechtskonvention festgeschriebenen Grundsatz des fairen Verfahrens widersprechen. Dennoch wird dieses Recht durch die seit letztem Jahr gültigen „Luxuspreise“ für Aktenkopien untergraben.

Die hohen Kopierkosten für Gerichtsakten, die auch schnell einmal 100 Seiten umfassen können, erschweren sozial Schwachen den Zugang zum Recht ganz erheblich, da allein die finanzielle Belastung durch überhöhte Kopierkosten für viele nicht mehr zu bewältigen ist.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz fordert den Bundesgesetzgeber auf dem Petitionsweg auf, die im vergangenen Jahr erfolgte Erhöhung der Kopierkosten bei Gericht rückgängig zu machen und zu bestimmen, dass Kopien bei Gericht künftig zum Selbstkostenpreis ausgefolgt werden. Danke (*Applaus KPÖ*).

GRin. Mag.^a Dr. **Sprachmann** zur Dringlichkeit: Liebe Gerti! Zunächst vielen Dank für deinen sehr durchgedachten Antrag. Sinn von unserem Rechtssystem und Zweck von unserem Rechtssystem ist, dass jeder Bürger und jede Bürgerin vor dem Rechtsstaat gleich ist. Dass jeder sein Recht durchsetzen kann, Eingaben, Beschwerden, Berufungen, Einsprüche einbringen kann und dementsprechend, das

wissen wir, ist es auch notwendig, Akteneinsicht zu nehmen und dann natürlich Aktenteile, die sehr umfangreich sein können, auch zu kopieren, damit man dann eben wieder die Einbringen machen kann. Wenn diese Kopierkosten so teuer werden, dann haben wir auf einmal einen unterschiedlichen Zugang zum Recht, nämlich derjenige und diejenige, die es sich leisten kann zu kopieren und dementsprechend auch die richtigen Berufungen oder Einbringen einzubringen und diejenigen, die es sich eben nicht leisten können, das sind dann die sozial Schwächeren und ich würde sagen, diese Anhebung von den Kopierkosten, das ist eigentlich ein Zeichen von der Aushöhlung von unserem Rechtssystem, es entsteht eine Zweiklassengesellschaft in unserem Recht und gegen so etwas ist die Sozialdemokratie, dafür ist unser Recht nicht entstanden. In diesem Sinne unterstützen wir auch den Antrag von der KPÖ, von dir, liebe Gerti, sowohl betreffend die Dringlichkeit als auch betreffend von den Inhalt (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Werte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Gerti! Zu dem Antrag ist Folgendes zu sagen: Die Problematik, die dahinter steht, ist, dass die Akten bei Gericht nicht herausgegeben werden, weil es in der Vergangenheit passiert ist, dass Teile der Akten im Folge des Kopierprozesses oder während der Zeit, wo es halt dem Klienten bei Gericht übergeben worden ist, nachher verschwunden worden sind und die Akten sozusagen nur noch vom eigenen Personal kopiert werden. Die Problematik hinsichtlich der Kostenerhöhung, die gemacht worden sind, die ist absolut korrekt dargestellt und wenn man sich die Aktenberge zum Teil anschaut, dann kommt man leicht in den Bereich von dreistelligen Euro-Beträgen für so eine Kopie einer größeren Gerichtsunterlage und das ist natürlich dann für viele auch schon sozial unverträglich. Die Möglichkeit, die man aber aufzeigen sollte, ist, wie kann man wirklich die Problematik der Gesamtkosten verändern, gibt es zum Beispiel als Lösungsansatz frei verfügbares Personal, das auch für Kopiertätigkeiten für „Kunden“ unter Anführungszeichen, Klienten des Gerichtes herangezogen werden könnte, ohne das zusätzliche Personal angestellt werden könnte. Gibt es zum Beispiel Personal im Magistrat, wenn ich mir heute anschau, das Stück ist zwar zurückgestellt worden mit der neuen Pensionsordnung für den Magistrat, wo auch drinnen gestanden ist, dass man strukturbedingte Dienstfreistellungen weiterhin

vorsieht, sprich die Leute fünf Jahre vor der Pension de facto in Pension schickt, na da scheint es doch Personal zu geben im Magistrat, das man auch für sinnvolle Tätigkeiten im Interesse der Bürgerinnen und Bürger einsetzen könnte. Etwas, was mir in dem Antrag aufgefallen ist und da bin ich dann schon sehr genau, ist, wenn es heißt, bis zur Rückgängigmachen der Erhöhung ist es für mich klar, aber wenn es dann steht, und zu bestimmen, dass Kopien bei Gericht künftig zum Selbstkostenpreis ausgefolgt werden, so denke ich mir, das sollte man vorher schon wissen, wie hoch die Selbstkostenpreise sind, weil möglicherweise ist der Selbstkostenpreis sogar höher als der derzeitig verrechnete Preis. Weil wenn ich zu den Kopienkosten die Leasingraten und vor allem die Personalkosten, wenn ich wirklich einen Vollkostenansatz ansetze, dann bin ich drüber, deswegen stelle ich den Abänderungsantrag, den Text so zu lassen, wie er hier steht, mit rückgängig zu machen. Und die Erweiterung „und zu bestimmen, dass Kopieren bei Gericht hinkünftig zum Selbstkostenpreis ausgefolgt wird, ersatzlos gestrichen wird“, dann ist Klarheit, die Erhöhung wird rückgängig gemacht und der alte Preis gilt und das ist, glaube ich, besonders im Interesse der Klienten bei Gericht, und vor allem wissen sie dann genau, welcher Preis herangezogen wird. Danke (*Applaus BZÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. **Schloffer**: Nur ganz kurz, ich bedanke mich für die breite Unterstützung, dass Sie das alles jetzt gesehen habt, die Materie, wie die Sache läuft. Danke.

Der Abänderungsantrag von GR. Mag. Mariacher wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6) Pannen bei Variobahnen

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Nicht ohne Stolz wurden vor einigen Wochen die sogenannten Variobahnen der Grazer Straßenbahnen vorgestellt. Leider läuft derzeit in diesem Zusammenhang - trotz aller Bemühungen - einiges aus dem Ruder, und die aktuellen Entwicklungen gleichen eher einem Stück der Löwingerbühne.

So blieben bislang einige mit dem angeblich bevorstehenden Anstieg der Fahrgastzahlen im Zusammenhang stehende Fragen ungeklärt. Um dem erwarteten „Ansturm“ der Fahrgäste Herr zu werden, müssen zusätzliche Mittelteile bestellt werden. Um aber Straßenbahnen dieser Länge verwenden zu können, müssen wiederum die Haltestellen umgebaut werden.

Zusätzlich entwickeln sich diese Straßenbahnen zu starken Lärm- und Schwingungserregern. Zu allem Überfluss haben die fleißig beworbenen neuen Fahrscheinautomaten gleich ihren Dienst aufgegeben. Ich möchte hier den Fahrscheinautomat zu Wort kommen lassen, da gibt es eine schöne Werbung, da heißt es: Hallo, ich bin der neue Fahrscheinautomat der Grazer Verkehrsbetriebe. Wer bist du denn, fragt er: Ich bin einer der 75 neuen Verkehrsscheinautomaten der Grazer Verkehrsbetriebe. Zweite Frage: Wo kann man dich treffen? Mich und meine Freunde findet man in allen Straßenbahnen. Je nach Bahntyp werden wir entweder in der Nähe der zweiten oder der dritten Türe platziert. Dritte Frage: Ab wann wohnst du denn in den Straßenbahnen? Wohnen ist gut, ich bin zum Arbeiten da, ab April stehen ich und meine Freunde allen Fahrgästen zur Verfügung, die noch keinen gültigen Fahrschein besitzen. Viertens: Was ist eigentlich dein Job? Also ich habe viel zu tun, ich verkaufe Stunden-, 24-Stunden- und Wochenkarten, ach ja und Monatskarten biete ich auch an. Fünftens: Find ich gut, aber wie kann ich diese Karten bei dir zahlen? Ich bin da nicht wählerisch, ich akzeptiere Münzen von fünf Cent bis zwei Euro, Bankomatkarten, Visa- und Master Card und das alles Anfang April. Abschließend sei noch angeführt, dass die akustischen Ansagen in den Straßenbahnen eher für eine gewisse Heiterkeit als für gewünschte Klarheit sorgen

und ganz zum Schluss sei noch darauf hingewiesen, dass auch scheinbar auf die Ausbildung der Fahrer vergessen wurde, weil die müssen jetzt für die neuen Variobahnen ausgebildet werden.

Im Wesentlichen muss gesagt werden, dass das Gesamtpaket Variobahnen in unserer Stadt einen äußerst ungünstigen Start hatte, was angesichts enormer und damit in Verbindung stehender Kosten durchaus berechtigten Anlass zur Sorge gibt.

Ich stelle daher namens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Bürgermeister Nagl wird als Aufsichtsratsvorsitzender der Graz AG ersucht, mit den Grazer Verkehrsbetrieben in Kontakt zu treten und hierbei im Namen des Grazer Gemeinderates die größte Besorgnis über die entstandenen Mehrkosten und Pannen zum Ausdruck zu bringen.

Weiters möge der Gemeinderat zudem beschließen:

Herr Bürgermeister Nagl wird als Aufsichtsratsvorsitzender der Graz AG ersucht, darauf zu achten, dass in Zukunft mit größerer Sorgfalt an Entscheidungsprozesse dieser Größenordnung herangegangen wird (*Applaus FPÖ*).

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Vorweg eine Bemerkung, zu dem Dringlichen melde ich mich jetzt, zu den weiteren nicht mehr. Es ist also zu diesem Punkt meine letzte Wortmeldung (*Applaus ÖVP*). Grundsätzlich darf ich auch namens unserer Fraktion festhalten, dass diese geschilderten Pannen bei der Variobahn, und da stimmen wir hundertprozentig mit dem Befund des Kollegen Korschelt überein, mehr als peinlich, um nicht zu sagen, erschreckend sind. Es ist ja nicht so, dass hier Anschaffungen getätigt sind, die ohne Überlegung

passiert sind, die man unter Umständen geschenkt bekommen hat, sondern wir haben ja dafür sicherlich Millionen bezahlt und dafür mussten die Steuerzahler aufkommen und das ist schon eine Sache, wo man sich überlegen muss, mit relativ wenig Sorgfalt und Überlegungen dürfte hier ans Werk gegangen sein. Und daher, und Kollege Korschelt möge mir diesbezüglich nicht böse sein, aber ich kenne ihn und kannte ihn bis dato doch als einen Antragsteller, der da etwas mehr Pfeffer in, zumindest in den Antragstext hineingenommen hat, das was er hier fabriziert hat, ist sehr lau, möchte ich sagen, um es vorsichtig zu formulieren, weil nur den Herrn Bürgermeister aufzufordern, er möge seine Besorgnis über die Mehrkosten und die Pannen zum Ausdruck bringen, also das ist ja nicht unbedingt ein typischer Korschelt-Antrag, wie wir ihn kennen, sondern anscheinend hat ihm das jemand anderer geschrieben mit einer weichen Feder oder dergleichen. Aus diesem Grund, und wir befürchten ja, dass möglicherweise wie auch andere Anträge im Zusammenhang mit Verkehrsproblemen oder Wünschen im Zusammenhang mit Verkehrsangelegenheiten hier nicht die Mehrheit finden oder denen die Dringlichkeit zuerkannt wird, möchte ich jetzt gleich ankündigen, dass wir einen Zusatzantrag hier einbringen werden, der zum Inhalt hat, dass wir den Bürgermeister in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzenden auffordern, in der kommenden Gemeinderatssitzung einen Bericht vorzulegen, der erstens beinhaltet, welche Ursachen die im Motivenbericht angesprochenen Pannen haben, zweitens, welche Kosten daraus entstanden sind, drittens, wer für diese Mehrkosten aufzukommen hat, viertens, wer die Verantwortung für diese Probleme trägt und fünftens, inwieweit diese Probleme darauf zurückzuführen sind, dass beim Auswahlverfahren zu sehr die reinen Anschaffungskosten Berücksichtigung fanden, jedoch nicht Service, Erfahrung und bekannte Qualität des Grazer Anbieters Berücksichtigung fand. In diesem Sinne, wie gesagt, ja von unserer Seite zur Dringlichkeit, zum Inhalt und gleichzeitig, um dem auch gewisse Schärfe zu verleihen, auch unser entsprechender Zusatzantrag. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Schröck**: Lieber Kollege Blue Harry! Eines vorweg, wir werden deinem Antrag sowohl in der Dringlichkeit als auch im Inhalt zustimmen. Zum Kollegen Eichberger vielleicht, die Erklärung, warum der Antragstext ein bisschen weitläufig vielleicht

geworden ist, ist ja damit zu erklären, dass wir in letzter Zeit, gerade wir Oppositionsparteien, damit zu kämpfen hatten, dass unsere Antragstexte immer wieder von der Magistratsdirektion gekürzt oder überhaupt gleich zurückgeworfen wurden, vielleicht kann man das ja auch damit erklären. Aber ich gebe dir, lieber Harald, in den meisten Punkten, die du im Motivenbericht erwähnt hast, vollkommen Recht und in diesem Zusammenhang muss ich auch die Graz AG einige Fragen gefallen lassen. So etwa, warum die Automaten nicht mit einem Modell zunächst einmal in der Praxis erprobt wurden, sondern nur in der Remise, wo ja auch die Variobahn vor sich hinschlummert und nur für Schulungszwecke in der Remise zum Einsatz kommt, die andere Frage ist, warum mit der Bestückung der Automaten nicht die bereits bewährte Firma beauftragt wurde, die auch schon bei den bisherigen Fahrzeugen zum Einsatz kam und stattdessen eben eine andere Firma beauftragt wurde, die wiederum eine ganz andere Firma für die Software für die Automaten zugekauft hat. Das Ganze hat offensichtlich nicht gefruchtet und sich nicht rentiert, weil sonst stünden wir nicht vor diesen massiven Problemen, die wir derzeit mit den Automaten und dieser Variobahn haben. Und eines muss man auch schon ganz klar und deutlich sagen, für die Tourismusstadt Graz ist es mehr als beschämend, wenn man die englischen Durchsagen für die zentralen Grazer Punkte und Sehenswürdigkeiten hört. Ich bin schon froh, dass die Stadthalle nicht mit City Hall übersetzt wurde, auch das hätten wir erwarten können, wenn wir diesen Texten zuhören. Weil während die Graz AG bereit war, Unsummen für nicht funktionierende und drittklassige Automaten auszugeben, hat man es nicht einmal geschafft, einen Anglistikstudenten zu engagieren, der eine korrekte englische Aussprache für die Grazer Sehenswürdigkeit findet. Meine Damen und Herren, das mag vielleicht ein unwichtiger und kleiner Punkt sein, aber das gehört zu einem professionellen Auftritt einer Stadt dazu, die sich vor fremdsprachigen Touristen nicht genieren muss. Danke (*Applaus BZÖ*).

GR. **Mayr:** Liebe Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal, ich meine, man muss eines einmal ganz klar auf den Punkt bringen. Es gibt keine Pannen, keine Mehrkosten bei den Variobahnen und die Entscheidungsprozesse wurden mit großer Sorgfalt durchgeführt. Der Automat ist

nicht ein Bestandteil der Variobahn, also das müssen wir wirklich einmal ganz klar trennen (*Applaus ÖVP*), die Anschaffung der Variobahn war ein äußerst sorgfältiger Prozess, eine ganz wichtige Entscheidung, eine Qualitätssteigerung im ÖV, und die Variobahn ist wirklich das bestmögliche Ergebnis. Die Sache mit den Ansagen, mit den Fahrscheinautomaten, das ist etwas, was mit der Variobahn als Straßenbahn selber so nichts zu tun hat. Die Fahrscheinautomaten finden Sie ja auch in anderen Straßenbahnen, also dazu komme ich noch. Aber zunächst einmal: Die Anschaffung der Variobahn ist eines der meistgeprüfte Vergabeentscheidungen vom Bundesrechnungshof, der Graz-eigene Rechnungshof, der Landesrechnungshof hat sich mit dem Thema beschäftigt, der frühere Vorsitzende des Kontrollausschusses kennt das wahrscheinlich auch sehr gut, also dieser Entscheidungsprozess wurde sehr genau geprüft, wurde mit größter Sorgfalt getroffen, es war der Verein Fahrgast in dem Auswahlverfahren damals miteinbezogen, die Entscheidung wurde wirklich also mit größter Sorgfalt und auch nachher mit Zustimmung getroffen, ich glaube, wir können mit dem Ergebnis sehr zufrieden sein. Es kam dann die Diskussion über die Mittelteile, über die Verlängerungen der Straßenbahnen, dazu muss man Folgendes sagen: Der Entscheidungsprozess hat zu einem Zeitpunkt stattgefunden, wo diese Voraussagen noch nicht sicher waren, aber man hatte das im Auge und sagt, ok, ich möchte eine Entscheidung, eine Vergabeentscheidung treffen, die mir Flexibilität erlaubt und wenn diese zusätzlichen Fahrgastzahlen eintreten, wir haben das ja im Kontrollausschuss breit diskutiert, haben wir auch die Möglichkeit nachzurüsten. Das wurde in der Ausschreibung berücksichtigt, in der Vergabe berücksichtigt und bietet uns hier die Möglichkeit, flexibel zu bleiben und zu verlängern zu den besten Konditionen. Der Umbau der Haltestellen etc passiert in einem laufenden Programm und hier sind schon sehr viele Haltestellen, ich glaube, 120 von 190, bereits umgebaut. Zu den Lärm- und Schwingungserregungen muss man sagen, dass die Straßenbahn ja natürlich genehmigt werden muss und hier auch den entsprechenden Vorgaben entspricht. Darüber hinaus wird gerade jetzt, auch bei den Testfahrten noch das eine oder andere nachjustiert, aber insgesamt muss man sagen, dass die Entscheidung, der Ankauf und jetzt auch der Betrieb der ersten Variobahnen, äußerst erfolgreich ist. Zu den Mehrkosten, die entstehen könnten über den Ausfall der Kartenautomaten, muss man sagen, dass die mehr als abgedeckt werden durch Pönalzahlungen, die natürlich die Firma, die hier für den Schaden oder für die nichtfunktionierende Software verantwortlich ist, zu leisten hat. Hier sind

natürlich Pannen passiert, diese Vergabe ist auch nach den üblichen Kriterien passiert, das war der Bestbieter. Das funktioniert dort jetzt so nicht, wird ehestmöglich versucht, behoben zu werden und es entstehen keine Mehrkosten für die Graz AG oder für die GVB, und in diesem Sinne noch einmal der Entscheidungsprozess ist immer mit größter Sorgfalt gelaufen, dass in dem einen oder anderen Fall, wie hier jetzt bei den Ticketautomaten, eine durchaus nach außen peinliche Panne passiert, lässt sich nicht ausschließen, aber was man nur daraus lernen kann ist, dass so etwas nur einmal passiert und dass man nach Möglichkeit den Schaden ohne Mehrkosten behebt, soweit dazu. In diesem Sinne lehnt natürlich die ÖVP die Dringlichkeit des Antrages ab (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Korschelt**: Gleich zum letzten Redner, zum Beschwichtigungshofrat Mayr, ist eh klar, dass Sie der Meinung sind, nur wenn man Ihrer Rede genau zugehört hat, haben Sie doch in vielen Punkten haben Sie mir Recht geben müssen und mehrere Punkte, Sie sind ja auch Mitglied des Kontrollausschusses, müssten Sie ja wissen, dass am nächsten Dienstag eine Sitzung des Kontrollausschusses stattfindet, wo Hauptpunkt eben der Mittelteil dieser Variobahn ist und bis heute noch nicht geklärt ist, ob dieser Mittelteil überhaupt sinnvoll ist oder nicht, weil genau, wie wir heute am Eingang der Gemeinderatssitzung auch das Problem gehabt haben, dass bis heute ja noch nicht nachgewiesen ist, ob überhaupt dieser behauptete Steigerung der Fahrgastzahlen überhaupt eintritt. Also das konnte noch nicht schlüssig nachgewiesen werden, und wir haben wieder einmal einen Experten eingeladen, der, ich weiß nicht, was ihr ausgemacht habt, aber der versuchen wird dann halt, doch diesen Zuwachs von eineinhalb Prozent auf drei Prozent zu erklären, der ja in den letzten Jahren ja nicht vorhanden war, umso mehr ja auch die Zuwachszahlen sich nicht die Straßenbahnen hauptsächlich betreffen, sondern auch die Bussituation. Dann zum Kollegen Eichberger, selbstverständlich, ich habe überhaupt kein Problem mit eurem Zusatzantrag, dass mein Antrag etwas, sicher vielleicht nicht so von großer Chili-Schärfe war, gebe ich dir vollkommen Recht, aber das hat eh der Kollege Schröck schon beantwortet, weil wir sind natürlich inzwischen schon vorsichtig geworden und uns geht es darum, einen Antrag zu bringen und wir nicht immer Anträge schreiben wollen, die dann von irgendwelchen Mächten im Magistrat abgedreht werden und wie gesagt, wir werden es ja auch sehen beim nächsten

Antrag oder beim übernächsten Antrag, den das BZÖ stellt, mit der Freiwilligen Feuerwehr, wie hier doch über sechs Ecken gekratzt wird, dass nur eine Impfung, also da ist genau auch hier so ein Antrag so formuliert, aber sonst, wenn der Antrag so formuliert wird, habe ich überhaupt kein Problem. Wir sind eben davon ausgegangen, und das vielleicht zu verzeihen, aber das Sprichwort in dem Fall mit den Variobahnen ist eh die Kuh schon aus dem Stall und wir wollten eigentlich, hauptsächlich ist es darum gegangen, den Bürgermeister zu sensibilisieren, dass er eben als Aufsichtsratsvorsitzender schaut, wenn wieder solche Anschaffungen getätigt werden, dass hier unserer Meinung nach mehr geplant werden sollte, weil wir haben hier die Planung, die auch der Beschwichtigungshofrat Mayr ja als vorbildlich hinstellen will, wir haben hier viele Planungselemente vermisst und das wollten wir eigentlich nur vom Bürgermeister einfordern. Danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Zwingende Notwendigkeit, neue Wege zur Finanzierung von Investitionen der Stadt Graz zu beschreiten

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht im ersten Antrag des BZÖ um zwingende Notwendigkeiten, neue Wege zur Finanzierung der Investitionen der Stadt Graz zu beschreiten. Sie alle kennen die finanzielle Situation der Stadt Graz mit rund 1,1 Milliarden Euro an Schulden, die sich im Laufe der Jahre und Jahrzehnte angesammelt haben. Wir wissen alle, die auch im Finanzausschuss sind, dass diese Schulden über Kredite von

Banken und Kreditinstituten, Sparkassen finanziert und abgedeckt werden und dass sich dadurch natürlich die Abhängigkeit der Stadt Graz von diesen Institutionen, die natürlich in der jüngsten Zeit besonders der medialen Kritik ausgesetzt waren, natürlich gegeben ist. Es gilt im Sinne der Notwendigkeit, neue Wege zu gehen in der Finanzierung, es gilt, die Abhängigkeit zu mindern und nach Möglichkeiten Ausschau zu halten, ein Korrektiv oder Korrektive zu finden. Ein probates Mittel erscheint uns seitens des BZÖ, einen Hebel in der Hand zu haben, nämlich die ureigensten Personen, die Interesse an der Stadt Graz haben, und das sind die Grazerinnen und Grazer, Menschen, die sich hier wohlfühlen in unserer Stadt, in unserer Heimatstadt, die Interesse an einer gedeihlichen Fort- und Weiterentwicklung unserer Heimatstadt haben. Hier bildet sich ein Schatz, den wir zur Verfügung haben, der gehoben werden kann im Sinne, dass man diese Menschen, tüchtige, erfolgreiche, wohlhabende Bürgerinnen und Bürger unter ihnen anspricht mit Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, Finanzmitteln, für reale Projekte am besten natürlich für Sonderprojekte, die man sich vorstellen kann, die ein Bild haben, die vielleicht auch schon Architektenwettbewerbe oder was gewonnen haben, wirklich zu gewinnen, hier als Finanzier zur Verfügung zu haben. Hier darf man nicht an Millionäre denken, hier kann man an Menschen denken, die sage ich einmal, ab einem Betrag von 1000 Euro auch hier einsteigen können.

Deutsche Kommunen, deutschen Gemeinden sind bereits solche Wege gegangen, aber wir brauchen gar nicht so weit schauen, wir brauchen nur dann das Land Steiermark schauen, die im vergangenen Jahr mit zwei großen Tranchen zur Finanzierung des Betriebes der Krankenanstalten hier dreistellige Millionenbeträge binnen 48 Stunden wirklich hier am Parkett, aber auch von privaten Anlegern positionieren konnten.

Es ist ein probates Mittel aber auch diese Kluft, diese Entfremdung zu den Bürgerinnen und Bürgern zu verringern. Unser Ziel ist es, Bürgermitbeteiligungen zu finden, Menschen, die bereit sind mitzufinanzieren und diese auf keinen Fall natürlich schlechter zu stellen als bestbietende Banken, Sparkassen oder Pensionskassen, derer man sich schon bisher bedient hat. Im Vorfeld ist es natürlich abzuklären, wie sich diese Investoren organisieren, ob in Genossenschaften oder Vereinen, weil sie brauchen natürlich eine entsprechende Mitsprache, eine entsprechende Balance und es bietet sich natürlich hier auch die Möglichkeit, auch von außen von

Bürgerinteressenseite her die Möglichkeit auch zu schauen, dass die Projekte wirklich zielgerichtet entsprechend auch umgesetzt werden.

In diesem Sinne stellen wir den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Nagl und Stadtrat Univ.-Doz. Dr. Rüschi als Finanzstadtrat werden beauftragt, die Möglichkeiten der Einbeziehung von Grazer Bürgerinnen und Bürger in künftige (Projekt-)Finanzierungen der Stadt Graz im Sinne einer direkten „Bürgermitbeteiligung“ zu untersuchen und das Ergebnis der Analyse dem Grazer Gemeinderat möglichst noch vor weiteren Entscheidungen betreffend die „Reininghausgründe“, weil das war so der gedankliche Zugang natürlich von uns, vorzulegen. Zur Durchführung der Analyse ist die Einbindung und das Zusammenwirken mit dem Kontrollausschuss des Grazer Gemeinderates zu suchen. Ich bitte um Annahme. Danke.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi** zur Dringlichkeit: Hoher Gemeinderat! Zunächst einmal vorweg die Feststellung, dass das, ich darf das auch im Namen vom angesprochenen Bürgermeister Siegfried Nagl sagen, durchaus eine sehr gescheite und vernünftige Idee ist, ich habe auch den Finanzdirektor gebeten, dazu eine kurze Stellungnahme auszuarbeiten, vor allem deshalb, weil die Idee dazu nicht neu ist und die Idee dazu auch in der Vergangenheit durchaus mitverfolgt wurde und ich darf Ihnen das ganz kurz berichten. Die Überlegung eine Erweiterung der Finanzierungsquellen der Stadt über den Kreis der derzeit primär involvierten Banken zu prüfen, ist grundsätzlich richtig. Nicht nur jetzt, sondern laufend in regelmäßigen Abständen muss sich eine Institution wie die Stadt Graz die Frage stellen, ob ihr Schuldenportfolio sowohl betreffend Zinsen und Laufzeiten als auch bezüglich der Gläubigerstruktur optimal organisiert ist. Klarerweise bestehen hinsichtlich der genannten Kriterien meist Zielkonflikte und es gilt, die Vor- und Nachteile der einzelnen Finanzierungsalternativen abzuwägen und danach aus einer Gesamtperspektive zu bestmöglichen Vorschlägen zu kommen. Ich möchte

allerdings an dieser Stelle schon feststellen, es bezieht sich auf den Antrag. Eine zwingende Notwendigkeit der Stadt neue Wege der Finanzierung möglicherweise unter Vernachlässigung von Zinsmehrkosten zu beschreiten, besteht aus unserer Sicht derzeit allerdings nicht. Eine öffentliche Anleihenemission der Stadt Graz, die sich primär an die eigenen Bürger als potentielle Gläubiger richtet, ist sicherlich eine der theoretischen Möglichkeiten für eine solche Verbreiterung der Finanzierungsbasis. Die Stadt Graz hatte etwa auch in den 60er-Jahren, den meisten gar nicht mehr in Erinnerung oder bewusst, des vorigen Jahrhunderts bereits öffentliche Anleihen von etwa 30 Millionen Euro platziert, damals zu einem Zinssatz zwischen 6 und 6 ½ %. Aus den laufend geführten Gesprächen mit Vertretern des Kapitalmarktes ergibt sich die Einschätzung, dass heute für eine öffentliche Anleihenplatzierung ein Mindestvolumen von etwa 100 Millionen Euro als notwendig erachtet wird, wobei dieses Volumen in der Regel noch zu keinem wirklich liquiden Sekundärmarkt führen würde und daher eher tatsächlich nur für Buy-and-Hold-Investitionen interessant erschiene. Entscheidend für die Abstinenz der Stadt Graz vom öffentlichen Anleihenmarkt in den letzten Jahren war aber die Tatsache, und das bitte ich auch zu beachten, dass Bankfinanzierungen erheblich billiger waren. Die abgeschätzten Unterschiede inklusive aller Nebenkosten betragen je nach Laufzeit und Zinssatzfixierungen zwischen 100 und 200 Basispunkten, sprich zwischen einem Prozent und 2-%-Punkten, was bei einem Volumen von 100 Millionen einem jährlichen Kostenvorteil von immerhin ein bis zwei Millionen Euro entspricht. Die weltweite Finanzkrise 2008 und nunmehr die Griechenlandkrise haben die Situation sowohl der Kreditmärkte als auch der Anleihenmärkte in große Unruhe versetzt, was bedeutet, dass sich die kompetitive Situation zwischen Kredit- und Anleihenmärkten durchaus ändern kann und dieser Kostenvorteil von Krediten nicht mehr in dem Ausmaß wie früher zutrifft (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Die Finanzdirektion beobachtet daher die Entwicklung aufmerksam, und wir haben dieses Thema auch bei der letzten Konferenz des Grazer Stadtschuldenrates im März 2010 am Semmering eingebracht. Der Ratschlag des Gremiums war, derzeit weiterhin auf die nunmehr wieder liquiden Bankkredite zu vertrauen und keine wesentlichen Mehrkosten für die Emission eigener Anlagen einzugehen. Sollte sich die Situation ändern, würde dem Gemeinderat jedenfalls ein entsprechender Vorschlag durch die Finanzdirektion vorzulegen sein. Für den Juni-Gemeinderat ist seitens der Finanzdirektion geplant, die diesbezügliche Situation wieder aktualisiert

darzustellen. Ich möchte nur noch ergänzen, dass wir eben gerne diesen Bericht machen, ich sage auch dazu, wir werden sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen, obwohl die Dringlichkeit an und für sich derzeit nicht gegeben ist, aber das Thema ist wichtig und aus diesem Grund werden wir gerne diesen Bericht liefern. Danke (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 18.35 Uhr den Vorsitz.

GR. Dr. **Wohlfahrt** zum Antrag: Es ist schon sehr viel gesagt, wir haben auch der Dringlichkeit zugestimmt, obwohl wir es auch nicht als dringlich sehen, weil wir es die ganze Zeit machen. Ich bin mit dem Finanzdirektor schon zweimal zusammengesessen, wir haben uns das überlegt, es ist ein sehr schönes Projekt, ein sehr sinnvolles Projekt, weil es auch die Nähe der Bürger der Stadt Graz hin zur Stadt Graz dokumentieren könnte. Allerdings sprechen momentan die Kosten eben etwas dagegen, die Stadt Graz ist eben ein solider und guter Schuldner, dass wir von den Banken das Geld derartigermaßen billig kriegen, viel, viel billiger als es die KAGES über eine Anleihe aufstellen kann in letzter Zeit. Also prinzipiell sind wir sehr dafür, halten es für ein gutes Projekt, sind aber nicht der Ansicht, so wie auch Stadtrat Rüschi, dass es zu Mehrkosten führen darf. Also die Mehrkosten dafür sind nicht sinnvoll, aber prinzipiell sollte man darüber nachdenken, wie es eben auch zugesagt worden ist, es kann durchaus ja bald die Zeit kommen, wo es Sinn macht, dann und nur dann sind wir sehr stark dafür. Derzeit, die KAGES zahlt über 4 % Zinsen auf ihre Anleihen, die Stadt Graz zahlt rund 3 ½ %. Bei 100 Millionen können Sie sich vorstellen, was das ausmacht, das macht absolut keinen Sinn, nur für dieses schöne Instrument Millionen zu opfern, das kann nicht der Sinn sein, weil es würde auch einiges kosten, die Marktpflege, die Einführung usw. Wenn sich die Zeiten ändern, wenn die Stadt Graz von den Banken nicht mehr so günstige Kredite

bekommt, dann ist genau der richtige Zeitpunkt, auf dieses gute Mittel zuzugreifen. Derzeit zwar schön, aber ökonomisch nicht sinnvoll. Danke (*Applaus Grüne*)

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Rüschi, sehr geehrter Dr. Wohlfahrt! Dem Antrag ist natürlich zu entnehmen, ich habe es von der anderen Seite her dargestellt, dass potentielle private Anleger nicht schlechter gestellt werden dürfen oder sollen als das beste vorliegende Angebot von Banken oder Kreditinstituten, das schließt also schon somit aus, dass an sich eine Schlechterstellung der Stadt Graz bei diesem Weg eintreten würde. Worauf ich eingehen möchte, ist einfach dieses Maß, was möglich ist, damit an Identität sozusagen zu gewinnen zwischen Bürgerinnen und Bürgern und unserem Gemeinwesen und einer Einführung so einer Anleihe, natürlich muss es platziert werden, muss eine gewisse Grundinformation, „Werbung“ unter Anführungszeichen als sinnvoll erachtet werden. Aber so etwas rechnet sich, weil der Ertrag ist sozusagen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger oder aller jener, ich würde es einmal sagen, aller jener, die an einer Fortentwicklung der Stadt Graz, es können natürlich auch Leute sein, die Graz einfach lieben und vielleicht nicht unbedingt da wohnen, aber die sagen, in Graz soll was weitergehen, in Graz soll ein gutes Vorhaben, was als gut erachtet und verkauft werden kann, wirklich realisiert werden, der Zeitplan eingehalten werden, die Finanzen eingehalten werden, die erwirtschafteten Erträge eingehalten werden, dass man Unternehmen platziert, dass man neue Arbeitsplätze schafft, dafür das wirklich einen Sinn macht, hier auch am Kapitalmarkt Vertrauen wirklich zu schaffen in die eigene Substanz von Graz. Also Graz mit seinen Bürgerinnen und Bürgern, und darauf zielt letztendlich dieser Antrag und ich danke einmal bis dato für die breite Unterstützung, die sich abzeichnet. Danke (*Applaus BZÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

8) Impfungen für die Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehr Graz, die zugunsten der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz wirken

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei diesem Antrag geht es um wirklich einen Aspekt, der natürlich im Vordergrund ist, die Erhaltung der Gesundheit von Menschen, die sich hergeben, in ihrer Freizeit als Privatperson sich in den Dienst, in den Nutzen der Stadt Graz zu stellen als Freiwillige. Und zwar konkret in diesem Antrag ausgeprägt als Freiwillige der Freiwilligen Feuerwehr Graz, die wir eingerichtet haben, die großen Zuspruch erfährt, die Ausbildungen durchgeführt hat, die schon wirklich „kampfbereit“ sozusagen unter Anführungszeichen Einsätze gemacht hat, letztes Jahr zum Beispiel im Hochwassereinsatz. Und hier können wir wirklich auf Zahlen verweisen des Gesundheitsministeriums, dass in ganz wesentlichen Elementen es hier wirklich zur Bedrohungsbedingung kommt der Gesundheit der Mitarbeiter der Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehr, die sich ausdrückt, dass sie einfach gefährdet sind, Krankheiten durch den Einsatz zu erleiden, die viele Bereiche betreffen. Hepatitis A/B, man muss sich vorstellen, Hepatitis A/B kann bei jedem Hochwassereinsatz entstehen, der möglicherweise, wir hoffen es nicht, aber es kann jederzeit sein im Sommer neuerlich bevorsteht in einigen Bereichen der Stadt Graz, darf ich um ein bisschen Ruhe bitten, Herr Bürgermeister (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), dass bei Einsätzen etwa im Hochwasserbereich Infektionen entstehen durch Fäkalien, durch Abwässer, die zu ganz schwer wiegenden Erkrankungen führen von Menschen, die dadurch Leberzirrhose erleiden könnten, die auch in Leberkrebs enden. Und im Bereich der Tollwut, ist auch allgemein bekannt, Überträger sind nicht nur Füchse und andere Tiere, auch hier kann es zu erheblichen Beeinträchtigung kommen, nicht nur der Gesundheit, sondern eine ausgebrochene Tollwut führt im Regelfall zum Tod des Erkrankten.

Zeckenbisse, wissen wir, es gibt zwar die FSME-Impfung, aber wir wissen auch, dass die Gehirnhautentzündung durch Zeckenbisse entstehen kann, für die es auch keine spezifische Heilbehandlung gibt.

Tetanus, Wundstarrkrampf ist eine weitere Verletzung, die alleine durch Straßenstaub, durch Gartenerde, durch kleine Verletzungen, die in die Poren einer

Wunde eindringen, entstehen kann und eine Infektionskrankheit ist, die Nervenzellen befällt usw. Ich möchte auf einen ganz wesentlichen Aspekt hinweisen, der die Stadt Graz betrifft. Wir sind nicht außen vor, was die Rechtsfolgen angeht, wenn bei Einsätzen im Dienste der Stadt Graz wirklich etwas passiert, eine schwer wiegende Erkrankung, ein Pflegefall oder gar, was wir natürlich nicht haben wollen, auch ein Todesfall. Und in diesem Sinne müssen wir auch im Sinne eines Risikomanagements, im Sinne eines Riskmanagements entsprechende Vorsorge treffen und alles Erdenkliche tun, dass unsere Einsatzkräfte, hier konkret bei der Freiwilligen Feuerwehr, diesen Gefahren nicht ausgesetzt sind. Wir dürfen uns einfach nicht alleine drauf verlassen, dass jeder Freiwillige, der bei der Feuerwehr arbeitet, von sich aus als Privatperson zum praktischen Arzt geht, diese Impfungen sozusagen machen lässt. Wir müssen hier wirklich Vorsorge treffen der Stadt Graz, dass das gemacht wird, dass hier wirklich Hilfestellung geleistet wird, es stehen Feuerwehrärzte zur Verfügung, die das möglicherweise sogar bis zu Entgeltlosigkeit wirklich bereitstellen und wir müssen auch schauen, dass wir hier auch das Land in die Pflicht nehmen, entsprechend als Finanzier zur Verfügung zu stehen, und die Gebietskrankenkasse und die AUVA, also die Unfallversicherungsanstalt, auch darauf drängen, dass die ihrerseits ihre Beiträge leisten. Weil nichts ist teurer als ein Pflegefall oder ein Tod eines Mitarbeiters, der im Dienste der Stadt Graz sozusagen seine Krankheit erfährt, das ist nicht eine moralische Pflicht, das ist eine rechtliche Pflicht hier seitens der Stadt Graz ordnungsgemäß Vorsorge zu leisten, Vorsorge zu treffen und hier alles Erdenkliche zu tun, um hier die gesamte Mannschaft der Einsatzkräfte zu sichern, man denke daran, Klubobmann Piffel-Percevic als Militarist, sage ich einmal, würde er natürlich auch darauf Wert legen, dass die Einsatzstärke der Mannschaft wirklich bis zum letzten Mal nach Möglichkeit erhalten wird und hier nicht durch solche Fälle Ausfälle entstehen.

Wir stellen daher seitens des BZÖ den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Nagl sowie die für die Freiwillige Feuerwehr Graz Ressort zuständige Stadträtin Mag.^a Grabner werden beauftragt, alle Möglichkeiten zur Einholung von Förderungen und zur Weiterverrechnung

anfallender Kosten für die Durchführung von umfassenden Schutzimpfungen der Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehr Graz insbesondere gegen die Krankheiten Hepatitis A und B, Tetanus, Zeckenbiss und Tollwut zu erkunden, mit dem Ziel, unseren Freiwilligen bei Inanspruchnahme und Schutzerhaltung, gemeint sind die Auffrischungsimpfungen, der angezeigten und gebotenen Schutzimpfung(en), nur jenen allenfalls dafür geringstmöglichen Selbstbehalt - und wünschenswerterweise möge es gelingen, diesen gegen null tendieren zu lassen - zu verrechnen. Ich bitte, die Dringlichkeit zu erkennen und um Annahme. Danke (*Applaus BZÖ*).

GR. Mag. **Korschelt** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Kollege Mariacher! Eine sachliche Berichtigung. Dr. Piffli-Percevic ist kein Militarist, weil Militarist ist eher nicht gerade was Positives, sondern Dr. Piffli-Percevic ist ein Milizsoldat beziehungsweise Milizoffizier, also das einmal zur sachlichen Berichtigung. Zu deinem Antrag oder zu eurem Antrag, wir stimmen sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zu, weil wir das natürlich als sehr positiv empfinden, wenn sich Bürger bereit erklären, etwas freiwillig zu machen und da ist, glaube ich, eine relative Kleinigkeit der Stadt, dass die Stadt in Vorleistung tritt und die KameradInnen, die herunterschauen auf uns von der Freiwilligen Feuerwehr, dass sie ihnen mit einer Impfung entgegenkommen. Wie gesagt, noch einmal, zum Antrag, ich habe das eh schon vorher gesagt, der Antrag ist natürlich auch sehr weich formuliert, weil normalerweise gehört in den Antrag hinein, die Stadt Graz ist bereit, für die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr die Impfungen zu übernehmen und nicht so, wie ihr das mit 27 Ecken versucht habt zu beschreiben, aber wir wissen, warum ihr das gemacht habt, weil sonst würde natürlich sofort das Argument der Magistratsdirektion kommen, dass da eine Kostenpflicht ausgelöst wird und dann würde der Antrag wieder einmal, wie sonst auch öfter passiert ist, nicht zugelassen werden, aber wie gesagt, wir glauben, dass es so ein guter Weg ist, um eben diese positiven Effekte den Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr zukommen zu lassen, deshalb unsere Zustimmung sowohl zum Inhalt als auch zur Dringlichkeit (*Applaus FPÖ*).

GRin. **Krampl**: Meine Damen und Herren! Selbstverständlich stimmt auch die SPÖ der Dringlichkeit und dem Antrag zu, weil es einfach selbstverständlich ist, dass sich Menschen, die sich freiwillig für andere in den Dienst stellen, nicht auch noch vielleicht mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben bezahlen oder einen gesundheitlichen Schaden davontragen. Also wir unterstützen auf jeden Fall den dringlichen Antrag, aber wir wollen das nicht nur allein auf die Freiwillige Feuerwehrbeschränkt wissen, es gibt auch andere Gruppen Freiwilliger, die im Dienst der Bevölkerung tätig sind, ich denke zum Beispiel an die Berg- und Naturwacht, aber auch Bedienstete im Kindergarten, das Reinigungspersonal, das auch den gleichen Gefahren oder sehr oft den gleichen Gefahren ausgesetzt ist. In diesem Sinne ersuche ich um Annahme meines Zusatzantrages, den ich im Namen der SPÖ einbringe und zwar lautet der Zusatzantrag: Zwei Punkte, erstens: Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird weiters beauftragt, eine analoge Möglichkeit für die Angehörigen aller Einrichtungen, die freiwillig und ehrenamtlich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz tätig sind, auszuloten und zweitens: Darüber hinaus werden Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Personal- und Beteiligungsreferent Univ.-Doz. Dr. Gerhard Rüschi beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Personalvertretung Erhebungen durchzuführen, für welche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Magistrates, städtischer Tochtergesellschaften auf Grund dienstlicher Obliegenheiten ebenfalls im Sinne der Gesundheitsvorsorge Impfungen notwendig wären und für alle Bediensteten eine adäquate Lösung anzustreben. In diesem Sinne, das wäre mein Zusatzantrag. Danke.

GRin. Mag.^a **Ennemoser**: Werter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich ist es ein sehr wichtiges Thema, jedoch unsere Feuerwehrleute sind schon oder die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr sind bereits in guter Obhut, und zwar werden die im ersten Probejahr untersucht, der Feuerwehrarzt schaut sich den Impfpass an und es gibt dann Impfaktionen, es hat zwar ab 2005 bereits Hepatitis-Impfaktionen gegeben, es hat auf Grund einer Initiative und auf Grund eines Gratis-Impfstoffes einer Pharmafirma auch komplette Zeckenimpfungen gratis gegeben. Trotzdem stimmen wir natürlich, sollte es andere

Impfungen geben, anders durchgeimpft zu werden, stimmen wir der Dringlichkeit und dem Antrag zu (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. Mag. **Mariacher**: Ganz kurz, nicht in die Länge zu ziehen, ich danke für die breite Unterstützung in diesem gesundheitlich relevanten Bereich, wo wir wirklich großes, großes Leid vermeiden können, indem wir wirklich kleine Mittel, wenn überhaupt, einsetzen oder die Menschen einfach darauf aufmerksam machen, was zu tun ist, um geschützt zu werden. Ich danke.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Zusatzantrag von GRin. Krampfl wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt darf ich auf vielfachen Wunsch hin eine Pause nicht nur empfehlen, sondern ankündigen. Wir werden uns bitte um zehn nach sieben pünktlich hier wieder einfinden. Wir haben 39 Anfragen und Anträge vor uns und es wurde wieder ausgemacht, dass sich alle bitte mit dem Antragstext dann oder mit der Anfrage selbst dann zu Wort melden. Pause und Unterbrechung.

Unterbrechung des Gemeinderates von 18.45 bis 19.25 Uhr.